

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
**Eric Hilfringhaus, Berlin**  
**Telefon: Karl Dönitz 4194-4195**



**Redaktion für Berlin und Gegend:**  
**Berlin O 20 61, Zelle-Wilms-Platz 6**  
**Drahtschrift: Capotina**

Die Darstellung erfolgt im Auftrag.  
Der Inhalt ist nur auf Grund bekannter Tatsachen gegeben. Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben.  
Berlin, den 30. Dez. 1931.

## Der Faschismus.

Wie er sich gibt und wie er ist.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Wenn das faschistische Italien in der europäischen Öffentlichkeit auftritt, etwa bei einer Rundreise seines Staatssekretärs Grandi oder auf einer internationalen Abrüstungskonferenz, erscheint es als Lamm, das mit milden Pflanzenkost mehr als zufrieden ist. Daheim aber geht der Faschismus als brüllender Löwe umher, suchend, wen er verschlinge. In keinem Lande der Welt wird Jung und Alt auch geistig so sehr für den kommenden Krieg gedrillt wie in dem Polizei- und Spitzelstaat Mussolinis, dessen inneres Regierungsprinzip ja ebenfalls die nackte Gewalt ist. Neben Armee und Marine gibt es, 170 Legionen stark, die faschistische Miliz der Schwarzhemden und als ihr schier unerschöpfliches Rekrutendepot die faschistische Jugendorganisation, 762 Legionen mit zweiinhalb Millionen Mitgliedern umfassend! Diesem unseligen Nachwuchs wird von den Instruktionsoffizieren aus der faschistischen Miliz nicht nur beigebracht, wie man eine Flinte handhabt und ein Maschinengewehr bedient, sondern auch der Wahn ins Hirn gepfropft, dass Mussolini der legitime Nachfolger derer Cäsaren sei und Italien deshalb weltpolitisch die Erbschaft des antiken Rom antreten müsse. Als Grundstein aber zum Aufbau des Imperiums gilt die Verwandlung der Adria in einen italienischen Binnensee, indem man an ihrer östlichen Küste, also in Dalmatien und Albanien, das Kreuz von Savoyen aufpflanzt.

Während Europa von anderen Sorgen gebannt ist, und Italien in allen Hauptstädten Friedensbetenerungen hinterlässt, geht in der Stille die faschistische Kriegshetze gegen Jugoslawien mit dem Ziel der Eroberung Dalmatiens lustig weiter. Nicht nur staatsrechtlich gehört Dalmatien zu Jugoslawien, sondern ist auch in der Wolle gefärbt so südslawisch, wie das Rheinland deutsch ist. Von 764 699 Einwohnern dieses schmalen Küstenstrichs sind gerade 4900 = 0.64 Prozent italienisch! Aber weil Dalmatien vor Zeiten eine Kolonie Venedigs war, und das Wappen der stolzen Seerepublik, der Löwe von San Marco, noch an der Stirnseite manches alten Bauwerks zwischen Schibenik und Kotor zerbröckelt, heißt es im faschistischen Jargon "ein unerlöstes Land", eine "terra irredenta", und für die faschistische Propaganda werden die 4900 Italiener, die sich überdies auf 95 Orte verkrümeln, zu Hunderttausenden von "unerlösten Brüdern" aufgepumpt, die kaum die Stunde der Befreiung durch Mussolinis Schwert erwarten können.

Von andern Organisationen ganz zu schweigen, hämmert das "Comitato d'Azione Dalmatica", das "Aktionskomitee für Dalmatien", diesen Wahn in die Köpfe des armen italienischen Volks; buchstäblich kein Tag vergeht, ohne dass, bald im Norden, bald in der Mitte, bald im Süden, bald in Turin, bald in Rom, bald in Palermo, dieser Ausschuss unter ganz ungescheuter Teilnahme der Behörden in die Trompete stösst; da rasselt der Säbel, da weht, mit Trauerflor umwunden, die blaue Fahne Dalmatiens, da erschallt die Spalato-Hymne, da brüllt blinder Hassfanatismus: Dalmatien oder der Tod! Auch die inneren Zwistigkeiten in Jugoslawien, die die Belgrader Machthaber mit dem kindischen Mittel erst der

offenen und jetzt der verkappten Diktatur niederzuhalten suchen, stellen einen wichtigen Aktivposten in der Rechnung der italienischen Expansionspolitik dar. Die Kroaten widerborstig gegen Belgrad? Ausgezeichnet! Und so befasste sich unlängst Eugenio Coselchi, Vorsitzender des Dalmatien-Komitees und Spezi Mussolinis, in einem Artikel der "Volonta d'Italia", der das Programm des faschistischen Imperialismus entrollte, auch mit der Frage, ob nicht Kroatien und Ungarn einen gemeinsamen Staat bilden könnten, natürlich unter der Vormundschaft Italiens, vielleicht sogar unter der Dynastie Savoyen, die dann ihr Zepter von Sizilien bis zu den Karpathen ausstrecken würde! Eine Phantasie in der Gummizelle? Für einen sachlich und nüchtern Urteilenden ganz gewiss! Aber einmal hat diese tolle Erörterung wie alles in Italien Gedruckte nur mit Zustimmung der faschistischen Oberpriesterschaft das Licht der Öffentlichkeit erblicken können, und ist nicht der ganze faschistische Schwindel ein einziger böser, doch deshalb nicht minder gefährlicher Irrsinnsanfall der Nation?

Während dem faschistischen Eroberungsgelüst die dalmatinischen Trauben vorderhand noch sehr hoch hängen, hat die italienische Ausdehnungspolitik in Albanien, das die östliche Adriaküste südlich von Dalmatien einnimmt, längst eine feste Stellung bezogen. Schon seit dem Vertrag von Tirana, also seit einer guten Jahrfünft, ist Albanien tatsächlich eine italienische Kolonie und wird es täglich mehr. Die Nationalbank, der Strassenbau, die Hafenanlagen, die Luftschiffahrt, das Heer und die Flotte Albaniens - alles ist in italienischer Hand und wird den italienischen Interessen gemäss geleitet. Der General Pariani, italienischer Militärattaché und Organisator der albanischen Streitmacht, ist der wahre Gebieter des Landes, in dem "König" Ahmed Zogu kaum mehr etwas zu sagen hat. Albanien dreht sich dabei in einem Kreis ohne Ende. Das "Bündnis" mit Italien zwang das arme Land, für militaristische Zwecke ein volles Drittel seines Staatshaushalts zu vergeuden; die Zerrüttung des Staatshaushalts wiederum fesselt es durch die goldenen Ketten immer neuer Anleihen an Italien. Eben erst wieder hat das faschistische Parlament in Rom ein unverzinsliches Darlehen von hundert Millionen Goldfranken gutgeheissen, deren Auszahlung an Albanien sich auf zehn Jahre verteilen soll. Ueber die Verwendung der Summen wird ein Ausschuss, bestehend aus zwei albanischen und zwei weit gewichtigeren italienischen Beamten, befinden, und ausserdem übernimmt Albanien als Gegenleistung zehn Italiener an entscheidende Posten der Ministerien für Finanzen, Verkehr, Volkswirtschaft und Unterricht, zu Deutsch: auch die innere Verwaltung Albaniens geht endgültig in italienische Hände über. Immer wieder taucht auch das Gerücht auf, Italien wolle bei dieser oder einer anderen Gelegenheit von der albanischen Regierung die Zustimmung zur Ansiedlung von zehn- bis fünfzehn tausend Sizilianern in den fruchtbarsten Teilen des Landes, in Südalbanien, heraus schlagen, aber ob der Faschismus auch wirtschaftlich mitnimmt, was er einstecken kann, geht es ihm im Reiche Ahmed Zogus doch in erster Reihe um strategische Vorteile; er will nicht Ziegenhirten hinschicken, sondern Soldaten. Albanien ist vorgeschobenes Bollwerk und Aufmarschgebiet gegen Jugoslawien und für die Verwandlung der Adria in einen italienischen Binnensee so unerlässlich wie der Besitz Dalmatiens.

Dass Europa, abgelenkt durch die schweren wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen seiner Mitte, der Entwicklung im Südosten nicht die nötige Aufmerksamkeit zu schenken vermag, braucht es hoffentlich nie zu bereuen. Denn in dieser Ecke kann, wie schon einmal, eines Tages eine Flamme aufzüngeln, die auch uns das Dach über dem Kopf in Brand stecken wird.

SPD. Auf Anordnung des preussischen Handelsministers werden die Industrie und Handelskammern Königsberg/Pr., Elbing, Tilsit, Insterburg und Allenstein zu einer Handelskammer mit dem Sitz in Königsberg zusammengelegt. Mit Wirkung vom 15. Februar gelten die betreffenden Kammern als aufgelöst.

SPD. Eines der vielen grosssprecherischen Ziele der Nazis ist die Entfernung von "Parteibuchbeamten" aus den staatlichen Ämtern. Natürlich nur Entfernung solcher "Parteibuchbeamten", die nicht das Nazi-Buch in der Tasche haben. Wer das Nazi-Parteibuch besitzt, darf im "Dritten Reich" bleiben, wer es nicht besitzt, wird durch einen Nazi-Mann mit Parteibuch ersetzt.

Die ganze Demagogie der Nazis hinsichtlich der Parteibuchbeamten zeigt sich wieder einmal aus einem Inserat in Nr. 362 des Münchner Nazi-Blattes vom 29. Dezember. Dieses Inserat lautet wörtlich:

"Badedirektor für Borkum gesucht.

Die Gemeindeverwaltung Nordseebad Borkum sucht auf sofort einen festbesoldeten Badedirektor, der nach Bewährung auch die Geschäfte des Gemeindevorstehers ehrenamtlich übernehmen soll. Als Bewerber kommen in Frage Volljuristen, Volkswirte, Diplomkaufleute oder auch abgebaute Verwaltungsbeamte. Offerten mit Verhaltensansprüchen sofort an die Gemeindeverwaltung Borkum. Abschrift an die N.S.D.A.P. Borkum, Postfach 146."

Die Parteibuchwirtschaft der Nazis geht hier soweit, dass der gesuchte städtische Badedirektor seine Bewerbung nicht nur an die Gemeindeverwaltung, sondern zugleich auch an die Ortsleitung der NSDAP richten muss. Das ist "Parteibuchwirtschaft in höchster Potenz", Parteibuchwirtschaft, wie sie bisher in ganz Deutschland nicht beobachtet worden ist. Der Sinn des Inserats ist eindeutig und klar: Wer das Nazi-Buch nicht in der Tasche hat, braucht sich um das Amt des Badedirektors in Borkum erst garnicht zu bewerben. Ja, in ihrer Dreistigkeit gehen die Herrschaften sogar soweit, ihrem Parteibuch-Badedirektor in spe zugleich die Geschäfte des Gemeindevorstehers zu offerieren. Allerdings erst nach seiner "Bewährung", die zweifellos von vornherein als erwiesen gelten wird, wenn der Nazi-Badedirektor als SA-Mann bereits ein Verbrechen gegen Republikaner auf dem Gewissen hat.

Aber noch wachsen auch die Bäume der Borkumer Nazis nicht in den Himmel. Auch Borkum untersteht dem Aufsichtsrecht der preussischen Staatsregierung. Wie wir hoffen, wird von diesem Recht schnellstens Gebrauch gemacht.

-----  
SPD. Paris, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Strassburger protestantische Pfarrer Stricker ist von der elsässische Kirchenbehörde auf die Dauer von zwei Monaten seines Amtes enthoben worden, da er in einer Zeitschrift einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem er Frankreich beschuldigt, die moralische Abrüstung in Europa zu verhindern, mit seinem Siege Missbrauch zu treiben und für die wirtschaftliche Krise in der Welt und besonders in Deutschland verantwortlich zu sein. Ausserdem hatte sich der Pfarrer geweigert, eine Friedenspredigt zu halten mit der Begründung, dass man in Frankreich nicht mehr die Wahrheit sagen könne.

-----  
SPD. Der Verwaltungsrat der Reichspost hat am Mittwoch beschlossen, die Gebührensenkung in folgender Form durchzuführen:

Das Porto im Fernverkehr für Briefe wird von 15 auf 12 Pf. und für Postkarten von 8 auf 6 Pf. ermässigt. Bei Paketen tritt eine Ermässigung zwischen 10 und 20 Prozent ein. Diese Gebührenermässigung soll vom 15. Januar ab gelten. Der der Reichspost dadurch entstehende Ausfall an Einnahmen wird auf 129 Millionen Mark jährlich geschätzt.

Dieser Beschluss des Verwaltungsrats, der nach sehr heftigen Auseinandersetzungen zustande kam, weicht von den ursprünglichen Absichten der Reichsregierung erheblich ab. Vorgeschlagen waren Ermässigungen an sieben verschiedene Gebührensätzen, die insgesamt nur einen Ausfall von 125 Millionen Mark jähr-

lich bringen sollten. Da Ermässigungen an so vielen Stellen im Einzelfall nur geringfügig gewesen wären und eine sichtbare Wirkung auf die Preisgestaltung weder direkt noch indirekt hervorgerufen hätten, so beschloss der Verwaltungsrat Gebührensenkungen nur an zwei Stellen, nämlich bei den Portosätzen im Fernverkehr und bei den Paketgebühren.

Auch dieser Beschluss wird zweifellos nicht überall Zufriedenheit auslösen. Das ist verständlich. Bei der Kritik muss jedoch beachtet werden, dass die Finanzlage der Reichspost sehr angespannt ist. Ihre Einnahmen gehen unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise erheblich zurück. Statt einer erwarteten Einnahme von 2200 Millionen im Jahre 1931 kann man nur mit 2040 Millionen rechnen. Durch Einsparung allein lässt sich der Fehlbetrag von 160 Millionen nicht decken. Die Reichspost muss auf ihre Rücklage zurückgreifen. Für die Senkung der Gebühren standen infolgedessen nur 95 Millionen aus der Ersparnis an Löhnen und Gehältern und 30 Millionen aus der allgemeinen Preisermässigung zur Verfügung. Würde man die Gebühren um einen Betrag gesenkt haben, so wären weitere Arbeiterentlassungen grösseren Umfanges die sichere Folge.

Je geringer der für die Ermässigung der Gebühren zur Verfügung stehende Betrag ist, umso sorgfältiger muss geprüft werden, an welcher Stelle er eingesetzt werden soll. Die Reichsregierung wollte die Ermässigung in erster Linie den selbständigen Kreisen der Wirtschaft zugute kommen lassen. Daher enthielt der Vorschlag des Reichspostministers neben der Senkung der Paketgebühr eine Ermässigung für Drucksachen, der Einzelgesprächsgebühr im Ortsverkehr nicht aber der Grundgebühr - sowie der Fernsprech- und der Telegrammgebühren. Sicher ist, dass diese Vorschläge im wesentlichen kleinen Gruppen des selbständigen Unternehmertums erhebliche Vorteile gebracht haben würden, und zwar wahrscheinlich ohne allgemeinen wirtschaftlichen Nutzeffekt. Wollte man, dass in erster Linie den breiten Massen des Volkes eine unmittelbare Erleichterung verschafft und dass die Preissenkungsaktion der Regierung auch von der Reichspost sichtbar gefördert werde, so war der gegebene Weg hierfür, das stark überhöhte Porto der Briefe und Postkarten herabzusetzen.

Die Ermässigung des Briefportos um 3, des Kartenportos um 2 Pfennige bedeutet allein für den Fernverkehr einen Gebührenaussfall von 99 Millionen Mark. Da die Senkung der Paketgebühren, die zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Reichspost gegenüber der Reichsbahn notwendig ist, etwa 30 Millionen kostet, so blieb kein Raum für eine entsprechende Ermässigung der Portosätze im Ortsverkehr. Damit wird man sich umso eher abfinden können, als das Ausmass der Preissenkung im Fernverkehr für Briefe 20 Prozent, für Postkarten sogar 25 Prozent beträgt, also weit erheblicher ist als die beabsichtigte durchschnittliche Preissenkung.

Grosse Enttäuschung wird es hervorrufen, dass es nicht gelungen ist, eine Senkung der Rundfunkgebühren durchzusetzen. Und mit Recht. Denn hier wären bei einer rein wirtschaftlichen Betrachtung alle Voraussetzungen für die Senkung gegeben. Der Rundfunk hat eine aufsteigende Entwicklung. Sie ist durch die Wirtschaftskrise nur verlangsamt worden. Trotz des Anwachsens der Zahl der gebührenfreien Teilnehmer innerhalb eines Jahres von 40 000 auf 220 000 zieht die Reichspost durch die hohen Gebühren ständig steigende Erträge aus dem Rundfunk.

So wenig aber auch das Gesamtergebnis alle Interessen befriedigen wird, so sicher ist, dass die beschlüsse des Verwaltungsrats den Interessen der breiten Massen der Bevölkerung weit mehr entsprechen als die ursprünglichen Absichten der Reichsregierung.

SPD. Tokio, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch-Nachmittag hat eine starke japanische Truppenabteilung nach einer Meldung aus Mukden die strategischen Punkte um Kupanctse, etwa 35 Kilometer von Tschintschau entfernt, besetzt. Sie dürfte am Donnerstag-Vormittag

in Tschintschau einrücken. Ausserdem hat die Brigade des General Kimura nach einem heftigen Kampfe die zwischen Kupangtse und Sinminfu gelegene Stadt Tauschan eingenommen.

Aus Schanghai wird gemeldet, dass zwei Züge mit chinesischen Truppen, die sich auf dem Wege von Tschintschau nach Tientsin befanden, die Stadt Tschanghauquan passiert haben, ohne von den dort stationierten japanischen Truppen angegriffen zu werden. Ein japanischer Kreuzer und drei Torpedobootszerstörer sind in Tschinwangtau eingetroffen. In Nanking wird die Lage in der Gegend von Tschintschau als ernst betrachtet.

SPD. Die englische Regierung hat am Mittwoch allen an dem Reparationsproblem interessierten Staaten für die bevorstehende Reparationskonferenz Lausanne als Konferenzort in Vorschlag bringen lassen. Die Reichsregierung hat sich ihre Entscheidung über den Vorschlag noch vorbehalten; desgleichen Paris. Es wird jedoch damit gerechnet, dass sich die Regierungen auf Lausanne einigen.

Als Datum des Zusammentritts der Konferenz gilt neuerdings der 20. Januar.

SPD. Paris, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der ständige Vertreter Chinas beim Völkerbund, der zurzeit in Paris weilte, äusserte gegenüber einem Redakteur des "Journal des Débats", dass er angesichts der Verschärfung der Lage in der Mandschurei von seiner Regierung den Auftrag erhalten habe, bei den Delegierten des Völkerbundsrats darauf hinzuwirken, dass die vom Rat beschlossene Untersuchungskommission so schnell wie möglich gebildet wird und sich sofort nach China begibt. Jede Verzögerung der Räumung der Mandschurei vergrössere die Leiden der chinesischen Bevölkerung. Die chinesische Regierung schiebe die ganze Verantwortung für die Verschärfung der Lage nach der Tagung des Völkerbundsrates Japan zu und behalte sich alle Rechte vor, die ihr die mit Japan abgeschlossenen Verträge gewähren.

SPD. Am Mittwoch sollte vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Mitte eine Beleidigungsklage des preussischen Landtagsabgeordneten Kuttner gegen den Lokalredakteur des Berliner Nazi-Blattes Willi Krause verhandelt werden. Es kam jedoch nicht dazu, aus Gründen, deren Bekanntgabe allgemeines Interesse verdient.

Um 9 Uhr morgens wurde dem Vorsitzenden des Gerichts, Landgerichtsdirektor Masur, von der Redaktion des Nazi-Blattes telephonisch mitgeteilt, dass Herr Krause mit hohem Fieber zu Bett liege. Diese Botschaft empfing auch der die Anklage vertretende Staatsanwaltschaftsrat Fischer, allein "ihm fehlte der Glaube". Er beauftragte das zuständige Polizeirevier, in der Wohnung nach dem krank gewordenen Herrn Krause zu recherchieren und den Grad seiner Krankheit festzustellen. Diese Recherche hatte ein merkwürdiges Ergebnis: der schwer kranke Herr Krause befand sich nämlich nicht in seiner Wohnung, sein Bett war unberührt, dagegen teilte die anwesende, sehr erstaunte Frau Krause den Polizeibeamten mit, dass ihr Mann zwar vor einigen Tagen etwas unpässlich gewesen sei, aber doch bereits seit zwei Tagen wieder in der Nazi-Redaktion Dienst tue. Eine telephonische Anfrage, die Staatsanwalt Fischer darauf bei der Redaktion des "Angriff" unternahm, führte zu der Auskunft, dass Herr Krause gerade vor einer Viertelstunde aus der Redaktion fortgegangen sei, man wisse nicht wohin. Dies meldete dieselbe Redaktion, die wenige Stunden zuvor Herrn Krause dem Gericht als schwer krank und bettlägerig angegeben hatte.



Bei Erörterung dieses Sachverhalts führte Staatsanwalt Fischer aus: Dem Gericht sei bekannt, dass Herr Krause schon seit Monaten für irgend eine Verhandlung nicht zu haben sei. Entweder "vergesse" er die Termine, oder er sei nach Braunschweig (!!), aber stets mit unbekannter Adresse verreist, oder aber er "liege krank im Bett", d.h. er sei unauffindbar. Der Staatsanwalt beantragt gegen Krause einen Vorführungsbefehl. Er gab auch zu erwägen, ob nicht ein Haftbefehl am Platze sei, da nach der neuen Notverordnung eine Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis für Krause zu erwarten sei, was seitens des Vorsitzenden allerdings bezweifelt wurde, da dieser nur eine formale Beleidigung für vorliegend erachtete.

Staatsanwalt Fischer wies jedoch darauf hin, dass der zur Verhandlung stehende Artikel des Nazi-Blattes unzweifelhaft den Tatbestand der üblen Nachrede über der Behauptung unwahrer Tatsachen gegen den Abg. Kuttner enthalte. Zu einer Entscheidung dieser Frage kam es jedoch nicht. Das Gericht erliess gegen Krause einen Vorführungsbefehl und überliess es der Staatsanwaltschaft, die Sache vor das nächste tagende Schnellschöffengericht zu bringen. Abg. Kuttner fragte noch nach dem Namen der Person, die im Auftrage der Nazi-Redaktion dem Gericht die lügenhafte Auskunft über den Angeklagten Krause erteilt hatte, da er gegen diese Strafanzeige wegen Begünstigung erstatten wolle. Der Name liess sich jedoch nicht feststellen.

Das Ganze ergibt ein Bild von der in der nationalsozialistischen Partei herrschenden sittlichen Verwahrlosung.

SPD. Paris, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Zwölf französische Friedens- und Kriegsteilnehmer-Vereinigungen haben eine Neujahrsbotschaft an das republikanische Deutschland gerichtet, in der es heisst:

"Deutsche Bürger, die ihr in einem Grade kämpft und leidet, dass viele unter euch sich ganz hoffnungslosen Lösungen hingeben, wir versichern euch unserer aufrichtigsten Sympathie und Freundschaft, welches auch eure politischen oder religiösen Ansichten sein mögen. Wir verstehen eure Schwierigkeiten aber wir flehen euch an, zu hoffen und mit uns zu glauben, dass aus dem gegenwärtigen Chaos eine neue und bessere Welt entstehen wird. Glaubt uns, eine ständig wachsende Zahl von Franzosen und Französischen wünscht eine Zusammenarbeit mit dem deutschen Volk im Zeichen des Friedens und der Freundschaft. Sie hat das Bewusstsein erlangt, dass es Unrecht ist, Deutschland allein für den Kriegsausbruch verantwortlich zu machen, und ist, da sie vor allem die Gerechtigkeit sucht, der Meinung, auch nicht einer Revision des Versailler Vertrages ausweichen zu dürfen. Ihr könnt auf uns rechnen, wie wir auf euch zählen im Kampfe gegen die Missverständnisse zwischen unseren beiden Ländern. Den Frieden, ihr Bürger in Deutschland, wir wollen ihn! Mit euch werden wir ihn vollenden."

SPD. Die Strategen der kommunistischen Revolutionären Gewerkschafts-Opposition wollen wieder einmal streiken. Wie immer natürlich in grossem Stil. Die streikstrategen haben es in erster Linie auf die Bergarbeiter im Ruhrgebiet abgesehen, aber auch die Hafentarbeiter, Binnenschiffer und Seeleute sollen bereits am 2. Januar mitmachen. Der Streik soll eine Antwort sein auf die Brüning-Notverordnung.

Vor diesem gemeingefährlichen Treiben von Warren, die sich für gewerkschaftliche Führer halten, können die Arbeiter nicht rechtzeitig und nicht scharf genug gewarnt werden. Eine grössere Streikbewegung - gerade jetzt in diesem Augenblick - wäre den Scharfmachern im Unternehmerlager Wasser auf

die Mühle. Im Bergbau drohen neue Massenentlassungen. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat bereits durchblicken lassen, dass die ungünstige Absatz- und Erlösentwicklung in nächster Zeit einen weiteren Belegschaftsabbau von 20 000 Mann erforderlich machen werde. Für die Kohlenindustriellen wäre also eine Streikaktion im Bergbau ein gefundenes Fressen. Sie könnten auf das englische Kohlendumping und auf die Erklärung des Reichsarbeitsministers verweisen, dass der gewiss besonders drückende Lohnabbau im Bergbau unvermeidlich sei, weil der deutsche Kohlenmarkt infolge der fremden Konkurrenz unter einem abnorm scharfen Druck liege. Unter diesen Umständen würde wahrscheinlich auch die Öffentlichkeit gegen eine Streikaktion der Bergarbeiter Front machen. Sollen sich die Bergarbeiter selbst ihre Chancen im Kampf gegen das ihnen zugefügte Lohnabbauunrecht verscherzen? Sollen sie das Spiel der englischen Grubenunternehmer spielen? Bergarbeiter, die sich ausgerechnet jetzt von Streikphrasen der RGO einfangen lassen, müssen von allen guten Geistern verlassen sein.

Und die Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer? Auch ihnen muss klar sein, dass ein Streik gegen die Notverordnung nach Lage der Dinge nur ein politischer Streik sein kann; denn die Notverordnung ist Gesetz. Ein solches Gesetz jetzt durch einen Streik abändern zu wollen, wäre ein Stoss mit dem Kopf gegen die Wand. Abgesehen davon dürften sich die Seeleute und Hafenarbeiter noch recht gut an den schmählichen Ausgang der vor kurzem erst von der RGO angezettelten Streiks in der Seeschifffahrt und vor allem in den russischen Häfen erinnern. Anzetteln konnte die RGO diese Streiks, aber sie konnte die armen Teufel, die auf den Leim der RGO-Phrasen gekrochen waren, nicht vor vielen Monaten Gefängnis schützen.

Die Streikputscherei der RGO - in diesem Augenblick, wie wir nochmals betonen wollen - ist nichts anderes als eine Bühnerei gegen die Arbeiterschaft. Die Ablehnung der Streikaktion der RGO hat mit Kampfunlust absolut nichts zu tun. Die Gewerkschaften schlafen nicht! Noch ist nicht aller Tage Abend. Aber man kämpft nicht, um in eine sichere Niederlage zu rennen. Niederlagenstrategie - das ist die grosse Kunst der RGO.

-----

SPD. London, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der Londoner City kam es am Mittwoch zu mehreren Gasexplosionen an schadhafte Stellen der unter der Strasse liegenden Gasleitungsrohre. Zahlreiche der grossen Eisendeckel, die den Zugang zu dem Röhrensystem vermitteln, wurden in die Luft geschleudert. Dann schossen Flammen in die Höhe, die stundenlang brannten. Die Strassen mussten an den schadhafte Stellen aufgebrochen werden, sodass sie schliesslich einem durch Einschläge von Granaten verwüsten Schlachtfeld glichen. Man wurde lebhaft an die sensationelle Gasexplosion von Weihnachten 1928 erinnert, als ganze Strassenzüge im Stadtteil Holborn aufgerissen wurde. Menschenleben kamen diesmal nicht zu Schaden.

-----

SPD. Der Reichspräsident hat zum Jahreswechsel folgenden Erlass an die Wehrmacht gerichtet :

"Heer und Flotte entbiete ich zum Jahreswechsel meine besten Wünsche. Treu der beschworenen Verfassung, gehorsam den gesetzmässigen Gewalten, unbeirrt vom Kampf der Parteien wird die Reichswehr auch im neuen Jahr den alten Idealen deutschen Soldatentums dienen."

-----

SPD. Bochum, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch-Abend gelang es der Bochumer Polizei in Werne eine Instruktionen-Versammlung aufzulösen. An der Versammlung nahmen 40 Mann teil, die von auswärts stammten und sich mit der Auslösung des Streiks, insbesondere auf der Zeche Müser befassten. Zahlreiche Schriften, darunter solche hochverräterisches Material, wurden beschlagnahmt. Aus den vorgefundenen Notizen ist zu ersähen, dass nach Weisung des zentralen Streikausschusses ab 1. Januar acht Uhr vormittags Alarmzustand besteht. Am 2. Januar soll der Streik mit allen Mitteln durchgeführt werden.

In einem Rundschreiben der zentralen Streikleitung sind die Massnahmen für den Streik festgelegt. U.a. sollen die Frauen namentlich bestimmt werden, die in Männerkleidung in die Waschkauen eindringen sollen, um die Belegschaft zum Streik aufzufordern. Steiger und Betriebsführer sollen aus den Waschkauen herausgeworfen werden, die Redner durch einen Kordon ausgewählter Leute geschützt werden. Die Polizei, so heisst es in dem Rundschreiben, werde in den Waschkauen nicht von der Waffe Gebrauch machen. Man solle daher kleinere Abteilungen hinauswerfen und ihnen Stand halten, grössere Abteilungen aber in den Waschkauen festhalten. Die Streikversammlungen sollen so zahlreich und immer gleichzeitig abgehalten werden, damit eine Auflösung aller Versammlungen unmöglich sei. Die Arbeiter seien vor den Betriebstoren schon von der Arbeit abzuhalten bzw. zum Streik zu überreden. Die nicht kommunistischen Betriebsräte sollen in Güte zum passiven Verhalten angeregt werden. Besonderes Augenmerk soll dem Omnibus-, Strassenbahn- und Zugverkehr zugewandt werden. Erst nach dem Ausbruch des Streiks dürfe mit Gewalt vorgegangen werden.

Im übrigen wird bekannt, dass bei den vorbereitenden Konferenzen die Mehrheit der Schachtanlagenvertreter die Stimmung für den Streik als ungünstig bezeichnete.

SPD. Im "Reichsanzeiger" vom 30. Dezember wird eine Neufassung der Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung veröffentlicht, die zugleich auch einige verschärfende Bestimmungen gegen die Kapitalflucht enthält. Die Neufassung setzt die Richtlinien über die Devisenbewirtschaftung vom 24. August und ihre erste Ergänzung vom 2. Oktober ausser Kraft.

Neu ist in den Richtlinien eine durchgreifende Änderung der Zuständigkeit der Devisenbewirtschaftungsstellen. Hier gilt der Grundsatz, dass nicht der Geschäftssitz des Gläubigers, sondern der des Schuldners die Zuständigkeit der Devisenbewirtschaftungsstellen bestimmt. Für Anträge von Ausländern, die sich auf ein bei einem inländischen Kreditinstitut geführtes Konto beziehen, ist jene Stelle zuständig, in deren Bezirk das Kreditinstitut liegt.

Interessant sind einige Bestimmungen, die sich gegen die Kapitalflucht wenden. Die Devisenzuteilungen für Leistungen von Versicherten aus Versicherungen in fremder Währung werden zur Verhinderung von Missbräuchen eingeschränkt. Allgemein versagt wird die Genehmigung zur Devisenverwendung für Versicherungen sprämien, die über eine tarifmässige laufende Jahresprämie hinaus entrichtet werden sollen, sowie für Leistungen an ausländische, in Deutschland nicht zugelassene Versicherungsunternehmen. Bei Personenversicherungen wird die Genehmigung ausserdem versagt, wenn bei einem nach dem 15. Juli 1931 abgeschlossenen Vertrag die Prämienzahlungsdauer weniger als zwölf Jahre beträgt, oder wenn es sich überhaupt um eine nach dem 20. Dezember 1931 abgeschlossene oder auf Fremdwährung gestellte Versicherung handelt.

Auch der Kapitalflucht durch Begebung von Reichsmarkschecks ins Ausland soll begegnet werden. Künftig dürfen Schecks ins Ausland oder ins Saargebiet nur noch mit dem beigefügten Genehmigungsbescheid der Devisenstelle versandt oder überbracht werden. Liegt eine allgemeine Genehmigung vor (wie bei Handelsfirmen, Versicherungsunternehmen usw.) so hat der Inhaber der Genehmigung einen entsprechenden Vermerk mit der Nummer des Genehmigungsbescheides beizufügen.



Diese Vorschriften gelten auch für Schecks unter 200 Mark. Ab 10. Januar dürfen auch Banken, denen Reichsmarkschecks aus dem Ausland oder dem Saargebiet zur Auszahlung zugehen, diese auf dem Konto des Ausländers oder des Saarländers nur dann gutschreiben, wenn die Genehmigung zur Versendung des Schecks aus dem Scheck selbst ersichtlich ist. Bis zum 10. Januar sind die betreffenden inländischen Banken verpflichtet, von Schecks über grössere Beträge der Devisenstelle Mitteilung zu machen.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Deutsche Bauern!

SPD. Warum sind die Preise für Eure Erzeugnisse ständig gesunken?

Was hat der Landbundminister Schiele getan, um Euch zu helfen?

Wer hat die Hunderte von Millionen erhalten, die der Landwirtschaft in den letzten Jahren zugeflossen sind?

Die Preise fallen, weil die Kaufkraft der Massen der städtischen Verbraucher infolge von Arbeitslosigkeit und wiederholten Lohnkürzungen ungeheuer gesunken ist.

Die Preise fallen, weil Euch die Verbraucher auch wegen der übertriebenen Preissteigerung durch den Zwischenhandel von Euren Erzeugnissen, Eurem Vieh, Euren Eiern, Eurer Milch und Eurer Butter zu wenig abkaufen können.

Schieles Hilfe gilt nicht Euch, sondern nur einer kleinen Schar ostelbischer Junker.

Diese sollen durch hohe Getreidezölle und Geschenke aus der Osthilfe vor dem Untergang gerettet werden.

Hunderte von Millionen sind umsonst an die Junker vertan.

Die Katastrophe des ostelbischen Grossgrundbesitzes ist aber nur verzögert nicht beseitigt.

Bauer und Arbeiter in Land und Stadt haben dafür die Kosten aufbringen müssen.

Ausserdem werden dem Bauern, der für sein Geflügel und seine Schweine Gerste und Mais zukaufen muss, diese Futtermittel durch die Getreidezölle unerträglich verteuert.

Für diese Agrarpolitik sind die sogenannten Führer der Landwirtschaft, die sich "Grüne Front" nennen, verantwortlich. Das sind auch heute noch jene ostelbischen Grossgrundbesitzer, deren Versagen vor dem Kriege und während des Krieges an dem Unglück unserer Zeit ein gerütteltes Mass der Schuld trägt, jene

Minderheiten von Adligen und Junkern,

denen der November 1918 ihre Vorrechte geraubt hat, und denen nun die Bekämpfung der neuen Staatsordnung und die Verhinderung einer Volksherrschaft wichtiger ist als die Versorgung des Volkes mit guten und preiswerten Lebensmitteln

Ihr Ziel ist die Wiederherstellung ihrer früheren Klassenherrschaft, die Ausbeutung der arbeitenden Massen zugunsten adliger Grundrentner.

Wer sind die getreuesten Helfer der Grossagrarier?

Die Nationalsozialisten!

Den Bauern versprechen sie Befreiung von der Zinsknechtschaft den Landarbeitern kostenloses Siedlungsland.

Ist das ihr wahres Gesicht?

N e i n !!

Sie denken garnicht daran, diese Versprechungen einzulösen, weil sie von den Grossbanken und dem Grossgrundbesitz ausgehalten werden und nichts tun dürfen, was die Interessen dieser Kreise verletzt.

Sie wollen dem kleinen Pächter den Pachtschutz nehmen.

Der Grossgrundbesitz dagegen soll unangetastet bleiben.

Das hat Hitler selbst entgegen dem ursprünglichen Parteiprogramm der Nazis erklärt.

Die Sozialdemokratie verlangt demgegenüber

getreu ihrem Agrarprogramm eine radikale Aenderung dieser bauernfeindlichen

Interessenpolitik.

**S i e f o r d e r t :**

1. energische Senkung der durch Kartelle hochgehaltenen Preise für Kunstdünger, Baustoffe, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte;
2. sofortige Herabsetzung der Preise für Futtergetreide und Futtermittel zur Förderung der Veredelungswirtschaft;
3. enge Verbindung der Landwirte und ihrer Genossenschaften mit den Konsumgenossenschaften zur Ausschaltung unnützer Zwischenhandelsgewinne;
4. keine Verschwendung öffentlicher Mittel zur Stützung doch zusammenbrechender ostelbischer Grossbetriebe; statt dessen billige Ansiedlung von Bauernsöhnen und Landarbeitern im deutschen Osten;
5. Verbesserung des landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungswesens; Förderung der landwirtschaftlichen Produktionsumstellung auf die Bedürfnisse des Marktes;
6. Schutz der Kleinpächter gegen willkürliche Kündigung und Pachtzinserhöhung durch ein Pachtschutzgesetz, das Dauergeltung haben muss.

Deutsches Landvolk,  
stärke die Sozialdemokratie und damit die breite Front derer, die für das Wohlergehen und die wirtschaftliche Sicherung aller arbeitenden Schichten kämpfen.  
Damit dienst Du Deinem Volke und dir selbst!

Agrarpolitische Zentrale  
beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands.

SPD. Bukarest, 30. Dezember (Eig. Drahtb.)  
Die rumänische Regierung hat, wie amtlich mitgeteilt wird, in Anbetracht der Bemühungen Frankreichs um einen polnisch-russischen Nichtangriffspakt mit Russland Verhandlungen mit dem gleichen Ziele eingeleitet. Der rumänische Außenminister begibt sich am 7. Januar nach Warschau, um dort mit der polnischen Regierung Richtlinien für die bevorstehenden Verhandlungen mit Russland festzulegen.

SPD. Im Berliner Helldorf-Prozess wurde am Mittwoch die Vernehmung der 43 Angeklagten abgeschlossen. Dann begann die Vernehmung der ersten Zeugen. Da insgesamt 143 Zeugen geladen sind, rechnet man damit, dass die Beweisaufnahme bis in die 3. Januarwoche dauert. Die ersten Zeugen sind die Polizeioffiziere und Schupo-beamten, die die Angeklagten in der I. Instanz aufs schwerste belastet haben. Im Verlauf der Beweisaufnahme soll auch der Berliner Gauleiter der Nazis, Joseph Goebbels, vor Gericht erscheinen. Er soll mit Helldorf kurz vor dem Pogrom am Kurfürstendamm eine Art "Instruktionssitzung" abgehalten haben. Auch die Staatsanwaltschaft hat neue Zeugen in Bereitschaft.

Anm.f.d.Red.: Der Parteivorstand ersucht die Redaktionen, den Aufruf an die "Deutschen Bauern" in der Nummer vom 2. oder 3. Januar wiederzugeben.

# Aus aller Welt

Die "Vierer" kommen!

Vom Viehgeld zur Scheidemünze - Politik auf Talern - War das Vierpfennigstück nötig?

SPD. In wenigen Wochen wird auf dem Markt ein neues Geldstück erscheinen: das Vierpfennigstück aus Kupfer, 24 Millimeter gross und 5 Gramm schwer.

Der seelische Kontakt des Menschen mit dem Geld ist weitaus grösser, als er es sich selbst eingestehen will. Das Erwachen einer bewussten Kultur fällt zeitlich und innerlich mit dem ersten Gebrauch der Schrift und des Geldes zusammen, wobei "Geld" nicht immer im wörtlichen Sinn verstanden sein muss. Die Umstellung des primitiven "autarkischen" Menschen, der sich nach Möglichkeit selbst mit allem Nötigen versorgte, zum Tauschhändler brachte den Gedanken auf, ein überall gültiges Tauschmittel einzuführen, das zugleich den Wertmesser aller eingehandelten Waren darstellen sollte. Jahrhundertlang - in manchen Gegenden bis zum heutigen Tage - wurde das verbreitetste Produkt des Landes als Zahlungsmittel benutzt: in alter Zeit Korn, Vieh und - Sklaven; in neuerer Zeit, bei den Tartaren und Mongolen, gepresster Ziegeltee; in Abessinien Salz in Stangen und Packungen; bei den Azteken Kakobohnen; in Hinterindien und Korea Reis; im Sudan Datteln und Gewehrpatronen; im Somaliland Hirse; in Australien Tabak; in Amerika vielfach Mais (noch 1732 erkannte die Regierung ihn als gesetzliches Zahlungsmittel an); in Island getrocknete Fische.

Ungefähr im fünften Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung beginnt man, aus rohem Edelmetall, das bis dahin als Tauschmittel gegolten hatte, Münzen zu prägen; ursprünglich im Sinne eines Stempels, der die Güte des Metallstücks staatlich verbürgte. Bald unterschied man zwischen vollwertigen Münzen - das heisst solchen, die tatsächlich den angegebenen Wert besaßen - und Scheidemünzen, die weniger wert waren und deren Münzgewinn vom Staat für sich beansprucht wurde. Das Prinzip der Banknote geht im Grunde auf das der Scheidemünze zurück.

Volksglaube, Volksaberglaube und Volksgefühl sind untrennbar mit der Münze verbunden. Kaum ein Märchen, in dem nicht der Scheffel Goldes, der Dukatenregen, der vergrabene Schatz eine Rolle spielt; kaum ein Volk, das seinen Münzen keine besonderen Namen gegeben hätte: der Berliner nennt das Fünfpfennigstück aus nicht ganz geklärten Ursachen "Sechser", der Bayer das Zweipfennigstück "Zwoaring". Manche ursprünglich dialektischen Bezeichnungen, wie "Gröschchen", wurden offiziell vom Staat übernommen. Die Münze als kulturelles und politisches Kampfmittel ist ein Kapitel für sich; im Anfang der Neuzeit spielte diese Art der Propaganda gelegentlich eine wichtige Rolle. Ein deutscher Herzog äusserte einmal seine "pädagogischen" Anschauungen auf einer neugeprägten Münze mit dem Aufdruck "Non nisi contumus" und übersetzte dies höchstselbst mit den Versen: "Wenn mans Stockfischs geniessen soll, muss man ihn zuvor kloppen wol; so findet man viel fauler Leut, die nichts thun, wenn man sie nicht bleut". Diese Münze, die 1612 geprägt wurde, hiess im Volksmunde "Stockfischtaler". Der protestantische Herzog Christian von Braunschweig liess im Kampfe gegen die Reformation Geldstücke drucken mit der Schrift: "Gottes Freundt der Pfaffen Feindt", um sein Land kulturpolitisch zu bearbeiten.

Seit den Geldwirren der Inflation ist es nun das erste Mal, dass Münzen mit neuem Nennwert herauskommen: die Vierpfennigstücke. Bis Anfang Februar sollen 50 Millionen Stück, also für zwei Millionen Mark, ausgegeben werden. Die Vierpfennigstücke sollen den Zweck haben, die Preissenkungsaktion in dem Sinne zu unterstützen, dass nicht immer auf fünf Pfennig abgerundet wird, sondern dass man eben auch beim Strassenbahnverkehr, bei der Molle Bier und überall im Kleinhandel mit dem Pfennig rechnen lernt. Freilich ist es auf der andern Seite auch notwendig, dass die Massenkauftkraft wirklich wesentlich erhöht, statt, wie es bisher den Anschein hat, weiter gesenkt wird.

+ + +

Hoffmanns Rothhäute... In der Mittwoch-Sitzung des Berliner Sklarek-Prozesses wurden ebenfalls die Wechselgeschäfte der Sklareks mit der Stadtbank erörtert. Der Vorsitzende stellte aus den Anklageakten fest, dass die Gefälligkeitswechsel einen Gesamtbetrag von 17½ Millionen erreichten. 15½ Millionen wurden von der Stadtbank diskontiert. Leo Sklarek meinte dazu, dass das Geben von Gefälligkeitswechseln kein Betrug, sondern bei der Kaufmannschaft sehr eingerissen sei. Er und sein Bruder Willi wären nicht imstande, jemand um einen Groschen zu betrügen. Er hätte sich auf die Schweinereien, wie sein Bruder Max sie gemacht habe, nicht eingelassen. Im übrigen habe Stadtbankdirektor Hoffmann genau gewusst, worum es sich gehandelt hätte. Dass er es bestreite, sei freilich sein Recht als Angeklagter.

Der Verteidiger des angeklagten Stadtbankdirektor Hoffmann erwiderte: "Herr Hoffmann ist ein peinlicher Wahrheitsfanatiker, grösster Idealist und versucht, allen Dingen auf den Grund zu gehen. Als Beweis dafür kann ich einige Arbeiten des Angeklagten über das Sparwesen der Indianer in Nordamerika überreichen." (Stürmische Heiterkeit) Sklarek-Verteidiger: "Wenn Herr Hoffmann die Rothhäute in Nordamerika so gut analysieren konnte, dann hätte er doch in der Heimat die Sklareks noch viel besser analysieren können. Ich bitte, die Schriften zu verlesen." Vors.: "Ich will hier von Indianern und Rothhäuten nichts hören." Zur Sache bemerkte dann der Angeklagte Willi Sklarek, dass man niemals daran gedacht hätte, die Stadtbank, die die Verträge als genügende Kreditunterlage betrachtete, zu betrügen. Tatsächlich aber sind bei der Firma Sklarek zweierlei Geschäftsbücher geführt worden: die einen spiegelten den wirklichen Geschäftsgang wieder, die anderen waren nur für die Kontrolle angefertigt: hier handelte es sich um mehr oder minder grosse Phantasieprodukte. Die Unterlagen zu diesen Phantasiebüchern wurden nach der Angabe des Angeklagten Tuch von Max Sklarek geliefert, der sich allmählich geradezu zu einem "Poeten von Aufträgen" entwickelt haben soll. Von Hoffmann selbst wurde niemals revidiert. Die eingesetzten Revisoren fassten ihre Tätigkeit mehr als eine "Formalität" auf.

+ + +

Ermordung einer 13jährigen. In Friedrichsgrätz bei Oppeln (O/S) wurde eine 13jährige Schülerin mit durchschnittener Kehle aufgefunden. Verschiedene Anzeichen lassen darauf schliessen, dass zwischen dem bisher noch nicht ermittelten Mörder und seinem Opfer ein harter Kampf stattgefunden hat.

+ + +

Grossfeuer in Breslau. Das alte Schlachthofgebäude an der Engelsburg in Breslau, einer der grössten Lagerschuppen in der schlesischen Hauptstadt, fiel am Mittwoch einem Grossfeuer zum Opfer. Der Brand brach gegen 17 Uhr aus; die Ursache ist unbekannt. Die Feuerwehr griff mit vier Löschzügen gegen den Brand ein und gab aus 17 Rohren Wasser. Die nördliche Hälfte der Breslauer Altstadt war in dicke Rauchschwaden gehüllt. Das Lagerhaus, ein langgestreckter Backsteinbau, gehört der Stadtverwaltung und diente dem Magistrat sowie zahlreichen Firmen als Unterstellraum. Die Höhe des Schadens ist noch nicht abschätzbar.

+ + +



Verunglückter Arbeitertransport. Auf der von Berlin nach Mittenwalde führenden Landstrasse geriet der Anhänger eines Lastautos, in dem Wohlfahrts-erwerbslose zu ihrer Arbeitsstätte auf den Ländereien des Berliner Stadt-guts Klein-Ziethen befördert wurden, ins Schleudern. Der Anhänger stiess so stark gegen einen Baum, dass die Seitenwände eingedrückt wurden. 14 Erwerbslose wurden verletzt, 3 schwer. Das Unglück ist auf die durch Tauwetter verursachte Schlüpfrigkeit der Chaussee zurückzuführen.

Zugzusammenstoss. In Laubheim (Bayern) stiess der Personenzug Ulm-Fries-drichshafen mit zwei schwer beladenen Langholzwagen eines Güterzuges zusammen. 10 Personen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Opernschliessung auch in London? Aus finanziellen Gründen wird voraus-sichtlich die Londoner Covent Garden Oper schliessen. In der Covent Garden Oper, die stets nur wenige Monate im Jahr spielte, traten die berühmtesten Sänger und Dirigenten auf. Das Unternehmen arbeitete stets mit grossen Zu-schüssen, findet aber jetzt keine Mäzene mehr.

Explosion in der Feuerwerksfabrik. In einer Fabrik für Feuerwerkskörper in Lecce (Italien) ereignete sich ein Explosionsunglück. Der 70jährige Inhaber des Unternehmens und sein 8jähriger Enkel verunglückten tödlich.

Liebesdrama im Forsthaus. Zwei junge Leute aus Magdeburg, der 18jährige Hans Uschmann und die 17jährige Waldfriede Dannenheim, wurden seit einigen Tagen vermisst. Am Mittwoch rief das junge Mädchen seine Mutter telefonisch an. Waldfriede Dannenheim erklärte "noch nicht sterben" zu wollen, und bat ihre Mutter, sie aus der Oberförsterei Biederitz abzuholen. Biederitz liegt in der Nähe von Magdeburg. Als die Mutter in dem Forsthaus eintraf, erschoss Uschmann vor ihren Augen das junge Mädchen und tötete sich dann selbst.

Verhaftete Goldschmuggler. Beamte der Kopenhagener Kriminalpolizei ver-hafteten drei dänische Kaufleute unter der Beschuldigung, Golddollars im Werte von 15 000 Kronen nach Deutschland geschmuggelt zu haben. Die Verhaf-teten haben ein volles Geständnis abgelegt. Sie sind seit dem 15. Dezember zwischen Kopenhagen und Hamburg hin- und hergefahren und hatten das Gold in den Matratzen, der von ihnen benutzten Schlafabteilen, in Polstersitzen und Heizröhren versteckt, über die Grenze gebracht. Im Wartesaal des Hamburger Hauptbahnhofs wurde das Gold an einen Komplizen ausgeliefert. In Dänemark besteht ein Ausfuhrverbot für Gold und Devisen; Kapitalflüchtlinge und Kapital-schieber werden streng überwacht.

Sein Kind erstickt. In Cherbourg geriet ein Marineunteroffizier in gros-se Erregung, weil ihn das Schreien seines sechs Monate alten Kindes störte. Um sein Schreien zu verhindern, legte er sich auf den Säugling. Das Kind er-stickte. Zunächst erklärten die Eltern, dass das Kind beim Schlafen allig unter ihre Körper geraten sei. Sie fanden mit dieser Erzählung anfänglich auch Glauben. Später, als der Mann wieder auf See war, gestand die Frau die Tat.

370 Jahre Zuchthaus. In Monreale bei Palermo fand ein Maffia-Prozess gegen 245 Angeklagte statt; acht beschuldigte Sizilianer waren während der Untersuchungshaft verstorben. Von den Angeklagten wurden 104 freigesprochen und 141 zu insgesamt 370 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Juwelendiebstahl. In Harburg-Wilhelmsburg entwendeten Einbrecher aus ei-nem Juwelengeschäft Schmucksachen im Werte von rund 40 000 Mark.



# Gewerkschaftliche Rundschau

## Rückblick auf Genf.

### Die internationale Sozialpolitik im Jahre 1931.

SPD. Am Internationalen Arbeitsamt wird viel herumgemäkelt. Zur Ehre des Amtes muss jedoch gesagt werden, dass es gerade im vergangenen Jahr trotz der fürchterlichen Ungunst der Zeitverhältnisse zu seinem Teil alles getan hat, um mit internationalen Mitteln der Not der Zeit zu steuern. Es hat wirksame Massnahmen vorgeschlagen, um das Los der mehr als 20 Millionen Arbeitslosen in der Welt zu verbessern. Sein Arbeitsbeschaffungsprogramm, zu dem bereits 13 Regierungen ihre ins Einzelne gehenden Pläne eingereicht haben, war ein mutiger Vorstoss. Ebenso hat es in der Frage der 40-Stundenwoche nicht die Hände in den Schoss gelegt. Vor kurzem erst hat das Amt eine Denkschrift veröffentlicht, - sie wurde vom Arbeitslosenausschuss bereits beraten - in der eindeutig zum Ausdruck kam, dass die 40-Stundenwoche heute zweifellos die beste Arbeitszeitgrenze darstelle.

Diese Feststellung hat den Arbeitgebern in Genf Anlass gegeben, das Internationale Arbeitsamt einer einseitigen Stellungnahme zugunsten der Arbeiter zu bezichtigen. Wenn es den Arbeitgebern nach ginge, dann hätte das Amt schon längst seine Tätigkeit einstellen können. Angesichts der unaufhörlichen Quertreibereien der Arbeitgeber muss man die unverwüstliche Zuversicht der Führung des Internationalen Arbeitsamtes, die unverdrossen um den internationalen sozialpolitischen Fortschritt weiterkämpft, gerade bewundern. Die besten Arbeiten des Amtes müssen natürlich wertlos bleiben, wenn die Regierungen nicht für die Durchführung der internationalen Vorschläge und Bestimmungen mit Energie eintreten. Da ist z.B. das Arbeitszeitübereinkommen im Kohlenbergbau; es ist noch nicht ratifiziert, trotzdem alle europäischen Regierungen in Genf dem Übereinkommen zugestimmt haben.

Die Regierungen - das muss einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden - sind moralisch verpflichtet, ihr in Genf gegebenes Wort einzulösen. Tun sie das nicht, dann kann man ihnen mit Recht den Vorwurf machen, dass sie ein unehrliches Spiel treiben, um die Arbeiter zu täuschen. Wenn sie auf diese Weise die Internationale Arbeitsorganisation zur Machtlosigkeit verurteilen, dann muss die organisierte Arbeiterbewegung zwangsläufig auf andere Wege getrieben werden. Das sollten sich auch die Arbeitgeber, soweit sie nicht völlig verblendet sind, merken.

Dass die Arbeitslosenversicherung im Rahmen der Massnahmen zur Linderung der Not eine wichtige Aufgabe erfüllt, hat das Internationale Arbeitsamt in seinen Untersuchungen eindeutig nachgewiesen. Es ist daher zu begrüßen, dass der Verwaltungsrat des I.A.A. beschlossen hat, die Frage einer internationalen Einführung der Arbeitslosenversicherung für die Tagesordnung der Arbeitskonferenz von 1933 in Aussicht zu nehmen.

Die fünfzehnte internationale Arbeitskonferenz hat im Jahre 1931 auch die Frage des Mindestalters für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Berufen in erster Beratung behandelt. Es ist zu hoffen, dass über diese Frage 1932 ein internationales Abkommen zustandekommt, das den Kreis der internationalen Kinderschutzübereinkommen schliesst. Einem solchen Abkommen käme auch arbeitsmarktpolitische Bedeutung zu.

Angesichts der Bestrebungen der Internationalen Arbeitsorganisationen, zu

ihrem Teil zur Krisenbekämpfung beizutragen, mussten naturgemäss die übrigen Aufgaben in Genf etwas zurücktreten. Sie sind deshalb jedoch nicht vernachlässigt worden. Das beweist bereits ein Blick auf die wissenschaftliche Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes. Neben wichtigen Untersuchungen auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit und Studien über die Frage der öffentlichen Arbeiten, der Rationalisierung, der Wohnungsverhältnisse, sowie der Löhne und Arbeitsbedingungen in Sowjet-Russland ist soeben eine Studie über die Kaufkraft der Löhne in einer Reihe europäischer Grosstädte im Vergleich zu den Löhnen in Detroit der Öffentlichkeit übergeben worden. In Vorbereitung befinden sich Studien über verschiedene Spezialfragen, vor allem über das Problem der Fünftagewoche.

Für die 1932 tagende 16. Arbeitskonferenz wurde bereits ein Bericht über die Alters- und Invalidenversicherung in den verschiedenen Ländern der Welt veröffentlicht. In diesem Rahmen werden auch einzelne Spezialfragen zum Zwecke einer internationalen Regelung behandelt, so die Frage der Aufrechterhaltung in Anwartschaften von Arbeitnehmern, die von einem Land in ein anderes gehen, und der Sozialversicherung der Binnenschiffer auf den europäischen Strömen. Eine weitere Studie betrifft die Beseitigung der gewerbsmässigen Stellenvermittlung, die 1932 ebenfalls Gegenstand einer internationalen Vereinbarung werden soll.

Die Zahl der amtlich eingetragenen Ratifikationen stieg im Laufe des abgelaufenen Jahres von 415 auf 447. Die Krise hat naturgemäss das Tempo der Ratifikationen verlangsamt; denn die Ratifikation hängt ja nicht zuletzt von der Stärke der organisierten Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern ab. Immerhin sind die Ratifikationen heute schon wirksame Ansätze zu einer organisierten Weltwirtschaft, und es wäre nur zu wünschen, dass auch auf anderen Gebieten, zum Beispiel bei Wirtschafts- und Finanzfragen, schon so weitgehende internationale Bindungen bestünden wie auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik; denn eine Lösung der Weltkrise ist mit sozialpolitischen Mitteln allein nicht möglich.

Die Tatsache, dass sowohl die chinesische Regierung wie auch die Regierung Aegyptens um die Entsendung von Kommissionen zur Organisation ihrer Sozialpolitik gebeten haben; ist ein erfreuliches Zeichen für die wachsende Weltbedeutung der Internationalen Arbeitsorganisation. Auch der im Jahre 1931 erfolgte Eintritt Mexikos darf als ein solches Zeichen gewertet werden.

Heute steht das Internationale Arbeitsamt nicht nur im Sturm der Krise, sondern es ist in steigendem Mass auch den reaktionären Angriffen des Unternehmertums ausgesetzt. Grund genug für die Arbeiter, in ihrem Kampf um den internationalen sozialpolitischen Fortschritt mit Hilfe des Internationalen Arbeitsamtes nicht zu erlahmen.

-----

SPD. Auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung wurden die Löhne der schlesischen Textilarbeiterschaft für die Bezirke Breslau, Görlitz, Grünberg, Landshut, Lauban und Reichenbach mit Wirkung ab 1. Januar 1932 vom Schlichter um 15% gekürzt. Diese Regelung gilt bis zum 31. Mai 1932.

-----

SPD. In Dänemark sind für 100 000 Mitglieder des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes - er umfasst rund 260 000 Mitglieder - die Lohnabkommen bis Februar bzw. März und April gekündigt worden.

-----



## Die Arbeiterbank am Jahresende.

SPD. In dem Krisenkrach des jetzt zu Ende gegangenen Jahres musste die Tatsache, dass die Bank der freien Gewerkschaften, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. Berlin ohne jede Erschütterung diese schwerste Krise Deutschlands überstanden hat, die organisierte Arbeiterschaft mit besonderem Stolz erfüllen. In den kritischen Julitagen war die Arbeiterbank fast die einzige Bank in Deutschland, die ohne jegliche Einschränkung den Einlegern alle angeforderten Summen zurückzahlte bis zu dem Augenblick, wo durch Gesetz höhere Rückzahlungen als die gesetzliche zulässigen verboten wurden. Diese hohe Leistungsfähigkeit der Arbeiterbank hat den Neid allerpolitischen Gegner erweckt und Verleumdungen aller Art gegen die Arbeiterbank zur Folge gehabt. U.a. wurde in der letzten Zeit auch behauptet, dass die Arbeiterbank illiquid sei, dass die zur Stützung der Dresdner- und Danabank eingerichtete Garantie- und Akzeptbank hätte eingreifen müssen, dass es zwischen Direktion und Aufsichtsrat der Arbeiterbank zu einem Streit gekommen sei, dass an das private Bankhaus Bett Simon & Co. hohe Millionensummen ausgeliehen worden seien und das alles, weil die Geschäftsleitung der Arbeiterbank den Standpunkt vertreten habe, dass die Gelder nicht fest genug angelegt werden könnten.

Um welche böswillige Legendenbildung es sich hier handelt, ergibt sich aus einer Veröffentlichung der demnächst erscheinenden ersten Nummer der "Gewerkschaftszeitung" des neuen Jahrganges 1932, die vom Bundesvorstand des ADGB ausgeht und die mit aller Rücksichtslosigkeit und Offenheit die wirkliche Lage der Arbeiterbank klarstellt. Die "Gewerkschaftszeitung" schreibt, dass die Behauptung, die Einlagen könnten nicht "fest genug angelegt" werden, die Tatsachen völlig auf den Kopf stellt. Immer wurde das grösste Gewicht darauf gelegt, eine möglichst grosse Liquidität (Zahlungsflüssigkeit) bei der Gelderanlage zu gewährleisten. Dass das tatsächlich geschah, dafür gibt es keinen schlagenderen Beweis, als die von keiner anderen Grossbank erreichte Zahlungsbereitschaft und Zahlungsflüssigkeit der Arbeiterbank in den kritischen Julitagen. Aber der Böswilligkeit der Legendenerzähler wird nicht nur mit Worten, sondern auch mit Ziffern entgegen getreten.

Die der Reichsbank monatlich einzureichende Zwischenbilanz der Arbeiterbank vom 30. November 1931 zeigt - nach der Gewerkschaftszeitung - für diesen Tag einen gesamten Einlagenbestand von 139,3 Millionen Mark, woraus sich ergibt, dass sich die nicht gewerkschaftlichen Einlagen im Jahre 1931 nicht beträchtlich erhöht (!) haben. Von diesen 139 Millionen waren 40,5 Millionen leicht greifbare Guthaben bei Banken und Bankfirmen und 3,55 Millionen waren Kassenbestände, Guthaben bei der Reichsbank, unverzinsliche Schatzanweisungen und Wechsel. Fast 45 Millionen waren also selbst in diesen schwierigen Zeiten allererste Flüssigkeitsreserven, wie sie überhaupt nicht besser gedacht werden können. Ausserdem waren 13½ Millionen Mark eigene Wertpapiere verzeichnet, die eine weitere Flüssigkeitsreserve darstellen.

Man braucht wahrlich vom Bankgeschäft nicht viel zu verstehen, um zu erkennen, dass angesichts solcher Tatsache die Behauptung einer Illiquidität böswillig spricht. In grösserem Ausmasse als bei der Arbeiterbank dürfte die Zahlungsflüssigkeit nirgend gesichert sein.

Natürlich ist auch die Behauptung eine Legende, die Arbeiterbank habe die

Einlagen vor allem in Pfandbriefen festgelegt. Die Bilanzsumme vom 30. November beträgt 157 Millionen Mark. Sämtliche eigenen Wertpapiere machen aber nur 9 Prozent dieser Bilanzsumme aus; auf Pfandbriefe und sonstige festverzinsliche Papiere kommen im Höchstfalle 6 Prozent der Bilanzsumme. Ebenso ist die Behauptung von grossen Beteiligungen der Arbeiterbank an einer ganzen Reihe von Unternehmungen ohne weiteres durch die Bilanzziffern widerlegt, da die Novemberbilanz mit 157 Millionen Mark Bilanzsumme nur Beteiligungen im Betrage von 4½ Millionen Mark ausweist, was knapp 3 Prozent der Bilanzsumme ausmacht.

Die "Gewerkschaftszeitung" stellt weiter fest, dass die Arbeiterbank es im abgelaufenen Krisenjahre niemals nötig gehabt hat, irgendwelche Hilfe von anderen Instituten in Anspruch zu nehmen. Es sei völlig aus den Fingern gezogen, dass irgendeine Verbindung zwischen der Arbeiterbank und der Akzept- und Garantiebank besteht. Eine solche Verbindung habe auch niemals seitens irgendeiner mit der Arbeiterbank in Beziehung stehenden anderen Stelle bestanden. Ebenso wenig habe die Arbeiterbank irgendwelche besonderen Kredite oder Hilfeleistungen von der Reichsbank jemals in Anspruch genommen. Unwahr sei auch die Behauptung, dass zwischen Aufsichtsrat und Direktion der Arbeiterbank wegen der Geschäftspolitik der Arbeiterbank ein offener Streit bestehe. Wenn schon die Gesamtlage der Arbeiterbank so durchaus gesichert und vollkommen gefestigt ist, dann besteht zu einem solchen Streit einfach kein Anlass. Wie schwindelhaft die Legendenbildung aber betrieben wird, dafür zuletzt noch eine Tatsache: die Millionenausleihungen (6 bis 8 Millionen werden genannt) an das Bankhaus Bett, Simon & Co. machen noch nicht 0,015 Prozent der Guthaben aus, die die Arbeiterbank bei sämtlichen Banken überhaupt hat, das ist weniger als der tausendste Teil der behaupteten Summe.

Es ist erfreulich, dass der ADGB in rückhaltloser und offener Weise und zwar mit Ziffern, die jeder kontrollieren kann, die unberechtigten und verantwortungslosen Ausstreuungen gegen die Arbeiterbank als das kennzeichnet, was sie sind, als eine durch nichts begründete und böswillige Legendenbildung. Das Vertrauen in die Arbeiterbank erschüttern zu wollen wird ein vergebliches Bemühen der Arbeiterfeinde bleiben.

SPD. Die Jahresberichte der deutschen Handelskammern für 1931 bieten manchen Einblick in die besonderen Verhältnisse der einzelnen deutschen Wirtschaftsgebiete.

Im Bericht der Hamburger Handelskammer für 1931 wird festgestellt, dass im Hamburger Hafen in den ersten neun Monaten des Jahres der eingehende Güterverkehr um 9,2 und der ausgehende um 10,3 Prozent zurückgegangen ist. Am 1. Dezember lagen im Hamburger Hafen 107 Seeschiffe mit rund 550 000 Bruttoregistertonnen auf. Es entspricht der Hartköpfigkeit der Hamburger Kaufmannschaft, bei der Dr. Schacht und auch Hitler immer gern gesehene Gäste waren, wenn der Jahresbericht Einspruch gegen die Behauptung zu erheben wagt, dass die Ehrbegriffe des Kaufmannes ins Wanken geraten seien. Die Hamburger merken nicht, dass sie hier offene Türen einrennen, nachdem Herr Krupp von Bohlen und Halbach als Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie und sämtliche zehn Spitzenverbände der deutschen Unternehmer diese Feststellung kürzlich selbst getroffen haben.

Der Jahresbericht der Handelskammer in Bremen möchte in ähnlicher Weise dem Staat Belehrungen geben über Sparsamkeit und vernünftige Wirtschaftspolitik. Das ist dieselbe Handelskammer, deren Präsident Herr Lahusen war. Im übrigen ist auch in Bremen der Hafenverkehr sehr stark zurückgegangen; in den ersten zehn Monaten 1931 bei der Einfuhr um 22, bei der Ausfuhr um 11,5 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, was in der Hauptsache dem Transportausfall von Getreiden, Erzen und Holz zu danken ist.

Der Jahresbericht des Verbandes der niederschlesischen Industrie- und



Handelskammern nimmt in ausdrucksvoller Weise gegen den noch immer fortbestehenden vertragslosen Zustand mit Polen Stellung. Der vertragslose Zustand mit Polen bestehe nunmehr schon 6½ Jahre. Je länger es andauere, um so grösserer Mühe werde es bedürfen, ihn zu beenden. Auf die Dauer sei der Zustand unmöglich, dass zwischen zwei Ländern mit langen gemeinsamen Grenzen und natürlicher wirtschaftlicher Verflechtung keine ordnungsgemässe staatliche Handelsregelung besteht.

---

SPD. Die protektionistische Welle hat in Spanien, Polen und Griechenland neue, die Einfuhr erschwerende Gesetze zur Folge. In Spanien wurde ein Gesetz unterzeichnet, das für wichtige Importwaren (auch elektrotechnische Artikel und Automobile) die Kontingentierung einführt und die Meistbegünstigung nur für bestimmte Artikel gelten lässt. Polen hat neue Zollverordnungen erlassen, die für 70 Haupt- und 200 Unterpositionen Zollerhöhungen und Einfuhrverbote vorsehen. Der griechische Aussenminister hat ebenfalls die bevorstehende gesetzliche Kontingentierung der Einfuhr angekündigt.

---

SPD. Das europäische Aluminiumkartell, dem auch Kanada angehört, hat die Rohaluminiumpreise ab 1. Januar von 170 auf 160 Mark je Tonne gesenkt. Für Deutschland sind die Preise damit nicht um 10, sondern nur um 6 Prozent gesenkt worden. Nach der Notverordnung hätte sich das Kartell auf die Ausnahmebestimmung berufen können, dass es international sei und nicht unter die Notverordnung falle. Es wird wichtig sein, dass die Senkung der Rohaluminiumpreise nicht nur den Walzwerken, sondern auch den Verarbeitern zugute kommt.

Für Kunstseide sollen die Preise nicht gesenkt werden. Das Reichswirtschaftsministerium soll sich entgegen früher geäusserten Auffassungen jetzt auf den Standpunkt gestellt haben, dass es sich bei der Kunstseide um international geregelte Preise handelt, die der Notverordnung nicht ohne weiteres unterstehen. Das Reichswirtschaftsministerium stand früher auf dem Standpunkt, dass eine Ausnahme von der 10-prozentigen Kartellpreissenkung nur dann gemacht werden kann, wenn die internationale Preisregelung für den ganzen Weltmarkt gilt. Die jetzige Haltung des Reichswirtschaftsministeriums muss unbedingt revidiert werden, denn für das Kunstseidekartell trifft die erwähnte Auffassung absolut nicht zu.

Die Bierpreise sollen ebenfalls gesenkt werden. Das zuständige Reichsernährungsministerium hat aber die Frist vom 1. Januar auf den 1. Februar 1932 verlängert.

---

SPD. Die Preussische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzesentwurf unterbreitet, nach dem Kartelle und Privatmonopole einer besonderen staatlichen Aufsicht unterworfen werden sollen. Vorgesehen ist die Berufung einer staatlichen Wirtschaftskommission von 18 Vertretern der beteiligten Ministerien, der Verbraucher, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die von der Regierung ernannt werden sollen. Die Kommission soll berechtigt sein, in die Verhältnisse der Kartelle und Privatmonopole einzugreifen. Für Zuwiderhandlungen sind Strafen vorgesehen.

---

Schwankungen.

(Berliner Getreidebörse vom 30. Dez.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war die Haltung am Mittwoch nicht ganz einheitlich. Wenn sich auch das Geschäft im ganzen kaum belebt hatte, so war doch in Weizen etwas bessere Nachfrage festzustellen, sodass besonders für kurzfristige Verladungen etwa um 1 Mark höhere Preise bewilligt wurden. In Roggen bestand dagegen weiter geringe Kauflust. Die Vortagspreise waren kaum durchzusetzen. Der Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte zeigte eine ähnliche Entwicklung. Auch hier waren für Weizen Freisaufbesserungen bis zu 1½ Mark zu verzeichnen, während Roggen bis zu 1 Mark niedriger einsetzte. Der Mehlmarkt weiter ruhig. In Weizenmehl erfolgten kleine Bedarfskäufe, während der Absatz in Roggenmehl fast ganz stockt. Hafer und Gerste zeigten ruhige, kaum veränderte Tendenz.

	<u>29. Dez.</u>	<u>30. Dez.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	212 - 214	215 - 217
Roggen	186 - 188	184 - 186
Braugerste	151 - 164	151 - 164
Futter- und Industrierogerste	148 - 150	148 - 150
Hafer	134 - 142	133 - 141
Weizenmehl	26,75 - 30,75	26,75 - 30,75
Roggenmehl	25,50 - 27,60	25,50 - 27,60
Weizenkleie	9,00 - 9,25	9,00 - 9,25
Roggenkleie	9,25 - 9,75	9,25 - 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte. Weizen Dezember 225½-228, März 237½ und Brief, Mai -. Roggen Dezember 196-196¾. März 205½, Mai 213 und Brief, Hafer Dezember 150-145, März 154, Mai 161½-160.

SPD. Die französische Eisenindustrie befindet sich jetzt in einer ernstesten Krise. Die Stahlerzeugung war im November 1931 gegenüber dem November des Vorjahres um 24,8 Prozent zurückgegangen. In Deutschland lag in der gleichen Zeit ein Rückgang um 36,6 Prozent vor, sodass die Unterschiede heute nicht mehr gross genannt werden können.

SPD. Der Gläubigerschutzverband der Reichsbundbank A.-G. für höheren Beamten (im November 1929 zusammengebrochen) hat gegen Dr. Scholz, den früheren Führer der Deutschen Volkspartei sowie gegen die ehemaligen Geschäftsführer und Aufsichtsratsmitglieder Strafanzeige erstattet. Es wird gegen die Beschuldigten der Vorwurf erhoben, die Bank bis zuletzt als sicherste Kapitalanlage angepriesen zu haben, obwohl namhafte Sachverständigengutachten über die aussichtslose Lage der Bank vorlagen.

SPD. Die Hochfrequenz-Maschinen A.G. für drahtlose Telegrafie Berlin, die auch an der jetzt der Reichspost gehörenden Grossfunkstelle Eilvese beteiligt war, meldet für 1930 einen Bruttoüberschuss von 123 000 gegen 191 000 Mark im Vorjahr. Der Reingewinn ist von 147 000 auf 93 000 Mark zurückgegangen. Es werden 8 Prozent gegen 12 Prozent Dividende im Vorjahr verteilt.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 30. Dezember 1931.

Der Stummel.<sup>x</sup>

SPD. Rückwärtige offene Plattform eines Strassenbahnwagens. Es ist grimmig kalt. Mein Nachbar trägt einen prächtigen Pelzmantel. Ueberhaupt: diesem Herrn geht es (unberufen) gut. Er ist tüchtig mit Fett ausgepolstert. Auf seinem Nacken faltet sich rosa Speck. Seine dicken Hände ("Würstelfinger" und "Polsterrücken") stecken in herrlichem Wildleder, mit Hasenfell. Aus dem "gesegneten" Purpurgesichte schauen stumpfsinnig zwei unbescholtene Äuglein.

Unentwegt und mit sichtlichem Behagen zieht der Dicke an einer imposanten Zepelinzigarre und pafft in beneidenswerter Zufriedenheit den bläulichen, warmen Rauch in die kalte Winterluft. Es riecht köstlich. Fein hat's der Bursche; denke ich mir und spiele in der Manteltasche mit den Löchern meines rechten Handschuhs.

Allmählich wird die Zigarre kleiner; aber es ist immer noch ein stattlicher Stummel. Da wirft ihn der Dicke (bedenken Sie nur!) ohne die geringste Hemmung auf die Strasse. Ich schaue ihm wehmütig nach und schüttle, innerlich, den Kopf. Junge, Junge!

Gleich darauf steht der Wagen: meine Haltestelle ist gekommen. Auch der Dicke steigt aus.

Kaum stehe ich auf der Strasse, als sich etwas Sonderbares ereignet: von den beiden gegenüberliegenden Gehsteigen eilen zwei Männer hastig auf die Strasse, bücken sich und greifen fast gleichzeitig nach dem zwischen den Schienen liegenden und noch rauchenden Zigarrenstummel. Gierig strecken sich die mageren Hände danach aus. Ein alter Mann und ein Junger. Sie scheinen Arbeitslose zu sein: äusserst dürftig gekleidet, ausgehungert und durchgefroren. Die Hand des Alten zittert. Sein Rivale ist ihm zuvorgekommen: er hat den Stummel bereits im Munde.

Da höre ich dicht neben mir ein eigentümliches Geräusch: ein grunzendes Lachen, ein feistes und fürchterlich leeres Lachen. Mein Junge aus der Strassenbahn! Dem scheint diese Szene einen Heidenspass zu bereiten. Er äugt auf die beiden Menschen, grunzt schwappernd und schüttelt seinen Schweinskopf. Dann wackelt er schnaufend von dannen. Ich sehe noch seine rosigen Nackenfalten.

Unterdessen hat sich zwischen den beiden Arbeitslosen ein Streit entwickelt; sie scheinen im nächsten Augenblick handgemein zu werden. Der Jüngere flucht und stösst den Alten beiseite. Der schreit heiser auf (seine Kappe fällt zu Boden) und fuchtelt masslos erregt mit seinen dürren Armen. Dann hebt er die Kappe auf und humpelt, noch immer heftig gestikulierend und vor sich hin schimpfend, auf den Gehsteig zurück. Etwas ungeheuer Ergreifendes liegt in dem kraftlos erbosten Verzicht dieses alten, gebrechlichen, vom Leben verbrauchten Menschen.

Der andere kümmert sich nicht um ihn. Die Hände in den Hosentaschen, seine Beute zwischen den Zähnen, mischt er sich unter die Passanten.... Er hat sich vielleicht schon stundenlang nach ein wenig Rauchbarem geseht. Etwas muss der Mensch doch haben, das ihm das Leben leichter macht; wenn es auch nur der kleine, abgelutschte Rest einer Zigarre ist, den ein anderer weggeworfen hat. Dass er dabei nicht an den Alten denkt: Not verhärtet eben....

Wenige Augenblicke darauf hat der Strom der Strasse diese Episode weggeschwemmt. Die Menschen haben ja keine Zeit, am allerwenigsten für die klei-

nen Tragödien - anderer. Die Angst hockt ihnen im Genick, die Angst um ihr Leben, und peitscht sie durch die steinernen, kalten Strassen. Aber es ist gut so: wie wäre es möglich, ausser der eigenen Not auch noch auf Schritt und Tritt das ungezählte Leid seiner Mitmenschen zu ertragen?! Dem sind wir nicht gewachsen! Wer sich nicht abstumpft, der muss zerbrechen.

Ist es nicht furchtbar, dass wegen eines Zigarrenstummels Hass entbrennt, Gier auflodert und Menschen zu Feinden werden lässt? In eine so namenlose Bedrängnis sind wir geraten.

Aber, glaubt mir, erschütternder noch als das Elend der beiden Arbeitslosen ist das armselige, hohle Lachen dieses grunzenden Fettwanstes. Der lebt in abgrundtiefer Finsternis, trotz seines Pelzmantels!

Harald Spitzer.

---

### Das belebte Weltall.<sup>X</sup>

---

SPD. Es ist ein schöner, im edelsten Sinne echt menschlicher Traum, zu glauben, dass die Erde nicht der einzige bewohnte Himmelskörper im Weltall sei, dass es noch andre Planeten mit menschenähnlichen Wesen gebe und aus den Sternenfeuern freundliche Augen zu uns herniederblicken auf unsern kleinen Erdenball. Das ganze Ringen und Streben der Menschheit ist ja ein Weg aus Nacht zum Licht. Da ist es wohl verständlich, dass der Mensch sich gern manchmal hinwegträumt von seinem in vieler Beziehung noch so dunklen Heimatstern und seine Gedanken hinaufheilen lässt zu den leuchtenden Welten des nächstlichen Himmels. Die Anschauung von der Bewohntheit anderer Weltkörper ist kein Ergebnis neuerzeitlicher Forschung, sondern ist alt, sehr alt. Mit der wachsenden Erkenntnis, dass die himmlischen Lichter droben nicht die Köpfe goldener Nügel an der Himmels- glocke sind, sondern weit entfernte Welten, entstand auch der Gedanke der Bewohnbarkeit jener Welten. Schon sieben Jahrhunderte vor unsrer Zeitrechnung stellten die alten Griechen die Theorie auf, dass die Erde frei im Raume schwebt, und zweihundert Jahre später soll Xenophanes die Bewohnbarkeit des Mondes gelehrt haben. Aus verschiedenen Schriften des Altertums geht die Auffassung von der Vielzahl bewohnter Welten deutlich hervor. Aber mehr noch als die Denker des Altertums ist der moderne Mensch, der im Zeitalter der exakten Naturwissenschaft lebt, berechtigt, nach dem Leben auf andern Sternen zu fragen. Gewiss, wir wissen von den Daseinsmöglichkeiten, die dem Leben auf andern Planeten zur Verfügung stehen, noch immer herzlich wenig, wenn wir auch Ursache zu der Annahme haben, dass die Entfaltung des Lebens bei andern physikalischen und chemischen Voraussetzungen auch andre Wege einzuschlagen vermag. Es sei aber einmal gestattet, von einem ganz vorsichtigen Standpunkt aus, vom Standpunkte der auf der Erde herrschenden Lebensbedingungen, die Daseinsmöglichkeiten auf andern Himmelskörpern zu untersuchen.

Der Mond, der treue Erdbegleiter und der Erde nächster Nachbar, kann kein Leben auf seiner Oberfläche tragen. Es ist keine Spur einer Atmosphäre auf ihm wahrzunehmen. Eine unheimlich öde, kahle und tote Felsenlandschaft, ein Labyrinth von Kratern, Schluchten und Ringgebirgen zeigt sich durch das astronomische Fernrohr dem Beobachter. An den scharfen Schatten der Mondberge kann man erkennen, wie wild zerrissen und zackig die Felsmassive sind, da durch das Fehlen der Luft keine Verwitterung und Abtragung der Berge stattgefunden hat. Wir sehen immer nur die gleiche Seite des Mondes, und vierzehn Tage währen der Tag und die Nacht auf ihm, wodurch gewaltige Temperaturunterschiede entstehen. Ungefähr fünfzigmal kleiner als der Erdball ist die Mondkugel, und die deshalb weit geringere Schwerkraft wird es unserm Trabanten wohl nie gestattet haben, eine Atmosphäre längere Zeit festzuhalten und damit die Bedingungen zu erfüllen, die das Leben fordert. Eine tote Welt, ein Zukunftsbild der Erde, so zieht der Mond durch den eisigen Raum, ein "alter Knabe" unter seinesgleichen.

Vom Merkur, dem sonnennächsten Planeten, weiss man wenig, da er nur sehr schwer zu beobachten ist. Die Untersuchungen, die Nicholson und Fettit über die Temperatur des Merkur anstellten, haben ergeben, dass sie ungefähr der des Mondes gleicht, woraus ebenfalls auf das Fehlen einer Atmosphäre geschlossen werden kann. Auch die Venus, der leuchtende Morgen- und Abendstern, befindet sich immer in der Nähe der Sonne. Schon im Jahre 1761 wurde bei diesem Glücke unsres Sonnensystems von verschiedenen Astronomen das Vorhandensein einer Atmosphäre erkannt, da der Planet bei einem Vorbeigang vor der Sonnenscheibe, bei einem sogenannten Venusdurchgang, von einem feinen Lichtring umsäumt war. Noch immer aber nicht restlos geklärt ist die Frage, ob die Venus, die in 225 Tagen ihren Umlauf um die Sonne beendet, unserm Zentralgestirn immer die gleiche Seite zuwendet oder um eine Achse rotiert, wie die Erde. Doch selbst bei der Annahme, dass sie keine Rotation habe, ist das Vorhandensein von Leben nicht ausgeschlossen, da in dem Grenzgebiete zwischen Tag- und Nachtseite ein breiter Streifen Land vorhanden sein muss, der als die gemässigte Zone der Venus angesprochen werden kann und vielleicht verschiedenen Lebewesen erträgliche Daseinsbedingungen gewährt. Leider ist die Atmosphäre der Venus so dicht, dass selbst durch grosse Fernrohre kaum etwas von der Oberfläche dieses Planeten zu erkennen ist.

In der Reihenfolge der Planeten kommt als nächster nach der Erde, in der Richtung der Grenze des Sonnenreiches, der Planet Mars, der "rote Stern". Er ist sicherlich der "volkstümlichste", denn durch zahlreiche Romane und Erzählungen über Weltraumfahrt und Marsbewohner ist er weiten Kreisen bekannt geworden. Auch der Mars besitzt eine Atmosphäre, die jedoch wesentlich dünner ist als die irdische. Er dreht sich ungefähr ebenso wie die Erde in 24 Stunden und 37 Minuten um seine Achse. Seine Jahreszeiten sind aber nahezu doppelt so lang wie die unsrigen, da er zu einem Umlauf um die Sonne 687 Tage gebraucht. Der Planet zeigt durch grosse Fernrohre auf seiner Oberfläche überraschend viele scharfe und verwaschene Einzelheiten. Schon der grosse Herschel hat an den Polen des Mars die weissen Flecke beobachtet, die bei der Zunahme des Marswinters wachsen und grösser werden, während des Marssommers aber "ab-schmelzen". Er deutete sie als Schnee- und Eismassen, wie sie auch in den Polargebieten der Erde vorhanden sind. Es sind aber sicher nicht Eismassen in dem Masse wie die irdischen, da diese während eines Marssommers nie und nimmer solche gewaltigen Abschmelzungserscheinungen zeigen würden. Der amerikanische Physiker Coblentz hat mit ausserordentlich empfindlichen Instrumenten die Temperatur des Mars untersucht und sie am Marsäquator zu ungefähr 0 Grad festgestellt. Da es auch auf der Erde viele Gebiete gibt, deren mittlere Jahrestemperatur etwa 0 Grad Celsius beträgt, und die durchaus nicht unbewohnbar und unbewohnt sind, so kann auch auf dem Mars das Vorhandensein höherer Lebewesen aus diesem Grunde nicht abgelehnt werden. Besonders interessant und umstritten sind die von Schiaparelli auf der Marsoberfläche beobachteten "Kanäle". Der Forscher fand die Marskontinente von feinen, dunklen Linien durchzogen, die sie zeitweise auch verdoppelten, und deren ausserordentliche Regelmässigkeit eine natürliche Entstehung zweifelhaft erscheinen liess. Meistens verbanden die Kanäle bestimmte Punkte oder "Seen" miteinander. Auf Grund seiner langjährigen Beobachtungen glaubte sich Schiaparelli zu der Annahme berechtigt, dass der Mars von hochintelligenten Wesen bevölkert sei, die sich durch ein grossartiges Bewässerungssystem in einer austrocknenden Welt zu behaupten suchen. Diese Auffassung hat auch besonders der vor mehreren Jahren verstorbene amerikanische Astronom Lowell vertreten. Ein sehr grosser Teil der Astronomen ist aber vom Dasein der "Kanäle" nicht überzeugt. So hat z.B. u.a. A. Kühn die "Kanäle" als optische Täuschungen erklärt und hat gezeigt, dass eine Zeichnung der Marskontinente, die regellos mit kleinen Flecken bemalt wird, aus einer bestimmten Entfernung mit "Kanälen" gesehen wird, da das Auge unwillkürlich die Flecke miteinander verbindet. Aber wie dem auch sei, ob auf dem Mars Kanäle vorhanden sind oder nicht, auch die vorsichtigste wissenschaftliche Forschung



erkennt an, dass Lebensmöglichkeiten auf unserm Nachbarplaneten bestehen.

Jupiter und Saturn, die Riesen unsres Sonnensystems, befinden sich höchst wahrscheinlich noch in einem glühendflüssigen Zustande, sodass sich auf ihrer Oberfläche noch keine feste Rinde gebildet hat und deshalb auch von einer Entfaltung des Lebens auf ihnen noch nicht die Rede sein kann. Von den letzten bekannt gewordenen grossen Planeten, Uranus, Neptun und Pluto, kann wegen ihre ungeheuren Entfernung sowohl von der Erde wie von der Sonne wenig in Bezug auf Lebensmöglichkeiten gesagt werden.

Aber ebenso wenig wie die Erde nimmt die Sonne eine bevorzugte Stellung im Weltall ein. Unser Milchstrassensystem besteht aus Milliarden von Sonnen. Und die unfasslich fernen Spiralnebel, deren Vorhandensein uns hauptsächlich die photographische Platte verrät, sind ebenfalls Milchstrassensysteme. Ein solch grosses, gewaltiges Weltbild gibt uns das Recht, zu glauben, dass in den Tiefen des Raumes, als Begleiter anderer Sonnen, Planeten kreisen, deren Entwicklungszustand das Gedeihen von Leben gestattet. Wie selbst in den Tiefen der Meere und wiederum im winzigsten Wassertropfen sich Lebewesen tummeln, so wird die unerschöpfliche Natur auch auf anderen Sternen ihr Bestes tun, um die heilige Flamme des Lebens zu entfalten. - -  
Erich Krug.

### Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Kaum eine Tatsache bietet eine eindringlichere Illustration unsrer durch das gegenwärtige Wirtschaftselend bedingten Kulturnot als die bevorstehende Schliessung der preussischen Staatstheater in Kassel und Wiesbaden. Wenn sich schon der Staat zu einem so radikalen Abbau wichtigster Volksbildungsstätten entschliesst, woher sollen da noch private Theaterunternehmer den Mut und die Mittel zur Fortführung ihrer Kunstinstitute nehmen? Erst kurz vor Weihnachten hat Robert Klein, früher langjähriger bewährter Verwaltungsdirektor der Reinhardt-Bühnen, seit zwei Jahren selbständiger Theaterleiter, der im Beginn dieser Spielzeit das "Lessing-Theater" übernommen hatte, sein Ensemble auflösen und der Operettentheaterdirektion Rotter Platz machen müssen. Immer mehr drängt sich im Berliner Theaterleben die Tendenz zum reinen flachen Amüsiertheater vor, das sich einer ernsthaften Würdigung entzieht. Wäre dieser Gesichtspunkt allein ausschlaggebend, so könnte man sich sogar - so paradox und zynisch das auch klingen mag - mit der Schliessung noch weiterer Theater abfinden.

Von den letzten Neuheiten der Berliner Theater sind nur ein paar musikalische Werke erwähnenswert. Die Staatsoper brachte - zugleich mit München die Uraufführung des jüngsten Musikdramas "Das Herz" von Hans Pfitzner heraus. Pfitzner ist sicherlich im zeitgenössischen Schaffen eine der Überragendsten, freilich in ihrem Zwiespalt zwischen Streben und Gelingen auch tragischsten Künstlerpersönlichkeiten. Bei seiner letzten Schöpfung ist er obendrein durch ein Textbuch (von Mahner-Mohms) von äusserlich routinierter Operntheatralik und einer in ihrer Brutalität abstossenden Leitidee gehemmt. Eine Art mystischen HexenküchENZAUBERS ist das Grundmotiv. Der bedeutende Arzt Daniel Athanasius vermag mit Hilfe des bösen Geistes Asmodi den jungen Herzogssohn dadurch vom Tode zu erwecken, dass er das Herz eines schlafenden Menschen raubt. Als er jedoch nach einem Jahre den Teufelspakt nicht durch Opferung eines weiteren Herzens erneuern will und dadurch den Tod des Prinzen und seiner geliebten Gattin, der Besitzerin des geraubten Herzens, verschuldet, wird er als Zauberer zum Scheiterhaufen verurteilt, findet jedoch auf dem Wege aus dem Kerker zur Richtstätte Erlösung und Verklärung durch die im Tode erfolgende Wiedervereinigung mit der Geliebten. Pfitzners Tonsprache ist allzu stark in Wagnernachahmung befangen und wirkt durch den Mangel an Dramatik und origi-

neller Ausdruckskraft grösstenteils monoton. Im Orchester dominieren die tiefen Streicher (Celli und Kontrabässe) und Blechbläser (Posaunen und Tuben), während die Klangfarbe der Holzbläser ganz wenig zur Geltung kommt. Nur an einzelnen Stellen - so bei den Chören auf einem Maskenfest und besonders bei dem erhabenen schönen, mitreissenden Finale - zeigt sich die Meisterschaft eines grossen Künstlers. Die von Wilhelm Furtwängler geleitete, musikalisch, szenisch und bühnenbildnerisch hervorragende Wiedergabe des Werkes trug stark zum Erfolge der Aufführung bei.

Origineller und verheissungsvoller ist das in der Städtischen Oper herabgebrachte musikalische Drama "Soldaten" von Manfred Gurlitt. Eine eigentliche Oper konnte natürlich diese Vertonung des in etwa zwei Dutzend Bildern sich abrollenden Dramas von Goethes Jugendfreund Lenz nicht werden. Der Realismus und die Alltagssprache, dazu die szenische Mannigfaltigkeit der Handlung widersprechen doch gar zu sehr der musikalischen Ausmalung. Der Komponist entzündet sich deshalb zu seinen besten Leistungen an einigen lyrischen Stellen und kommt dabei zu höchst eindringlichen Wirkungen. Das Hauptgewicht liegt jedoch in der selbständigen instrumentalen Begleitung der Vorgänge, die eine Fülle von Farbenpracht und Einfallsreichtum, von wuchtiger Dramatik und lebendigem Charakterisierungsvermögen offenbart. Man möchte dem Komponisten nur ein geeigneteres Textbuch zur Entfaltung seines Schöpfertums wünschen.

Gurlitt selber steht augenblicklich allabendlich bei der Aufführung von "Hofmanns Erzählungen" im "Grossen Schauspielhaus" am Dirigentenpult. Ob er sich hier bei allem anerkennenswerten Eifer gerade wohl fühlt, darf bezweifelt werden. Max Reinhardts Inszenierung des Werkes, die gewiss grosse bühnenbildnerische Effekte aufweist, ist so sehr auf Schau eingestellt, dass Offenbachs Musik - mit Ausnahme der "Antonia"-Erzählung, die aber auch aller biedermeierlichen Intimität entbehrt - nur noch als unvermeidbare Zutat gelten darf. Die textliche Verbalhornung durch Egon Friedell und Hans Sassmann, die das Werk durch allerlei Hinzudichtungen auf dreizehn Bilder erweitert, widerspricht nicht nur dem Sinn dieser Oper, sondern reisst auch die Handlung und die Musik - es wird viel mehr gesprochen als gesungen - bis zu völliger Abschwächung ihrer dramatischen Intensität und ihrer romantisch-phantastischen Spukhaftigkeit auseinander. Auch die raffinierte, prunkvolle Variétékunst der Balletteinlagen, um deretwillen sich die Musik einige Vergewaltigungen gefallen lassen muss, erscheint hier fehl am Platze. Was Reinhardt einst bei der "Fledermaus" so gut geglückt ist, das ist ihm diesmal ebenso gründlich daneben gelungen.

Ein Musterbeispiel einer wirklich guten Bearbeitung hat dagegen Walter Mehring mit seiner textlichen Neufassung der "Grossherzogin von Gerolstein" von Offenbach geliefert, die in der "Volksbühne" zur Aufführung gelangte. Hier sind Handlung und Musik - beide im Grunde gleich zeitlos - in Dramatik und parodistischer Haltung aufs engste aufeinander abgestimmt. Der Dialog ist geistvoll und witzig pointiert, und die Gesangstexte sind inhaltlich und sprachrhythmisch genau entsprechende Unterlagen für die Musik. Auch die immer spritzige und schmissige, kunstvoll aufgebaute Vertonung kommt in dieser Aufführung durch Benutzung der Urfassung bestens zur Geltung. Den Hauptanteil am Erfolge hat in der Titelrolle die anmutige, temperamentvolle Käte Dorsch, wenn ihr auch die elegante, grosse Verführerin nicht so gut liegt wie einstmals der unvergessenen Fritzi Massary.

Frau Massary ist ja inzwischen auf der Sprechbühne gelandet und begeistert gegenwärtig im "Deutschen Künstlertheater" ihr Publikum in der Doppelrolle des Saisonschlagers "Nina" von Bruno Frank. Ihr bezaubernder Charme, ihre fein nuancierende Gestaltungskraft und ihre bei aller Uebermütigkeit stets vornehme Darstellung machen neben der ausgezeichneten Verkörperung der Männerrollen selbst diese witzlose, bühnentechnisch unbeholfene Komödie von der Filmdiva und ihrer Doppelgängerin erträglich. Dass freilich dieses Stück auch ohne eine solche Hauptdarstellerin einen so grossen Erfolg im ganzen Reiche haben konnte, gehört zu den Unbegreiflichkeiten des Publikumsgeschmacks, die für unsre Zeit so charakteristisch sind.

## Fortschritte der Filmtechnik.<sup>x</sup>

SPD. Seit langem bemüht sich die Technik, die Verwendung des Schmalfilms so zu gestalten, dass er es mit dem sogenannten Normalfilm hinsichtlich der Güte der Bildwiedergabe aufnehmen kann. Gut durchgerechnete und durchgebildete Aufnahme- und Projektionsgeräte waren hierfür Voraussetzung. Die bisher verwendeten Apparate konnten speziell von gewissen Vergrößerungen auf der Leinwand ab nicht recht befriedigen. Vor kurzem aber wurde einem kleinen Kreise von Fachleuten und Pressevertretern der neue Schmalfilmprojektor von Siemens vorgeführt, der überraschende Ergebnisse zeigte. Selbst in den vorderen Sitzreihen blieb das Bild bei jeder Grösse klar und deutlich zu erkennen. Das Gerät hat eine außerordentlich hohe, bisher noch von keinem Schmalfilmprojektor erreichte Lichtleistung, die bei Verwendung der Zweiflügelblende und eines Objektivs von 50 Millimetern Brennweite etwa 130 Lumen beträgt. (1 Lumen ist der von einem Lichtpunkte, der mit der Stärke einer Hefnerkerze leuchtet, in einen bestimmte Raumwinkel gesandte Lichtstrom.) Diese Lichtmenge reicht für ein Kino aus, das etwa 500 Plätze hat. Um den Apparat den jeweiligen Raumverhältnissen anpassen zu können, wobei vor allem die Entfernung des Objektivs von der Leinwand eine Rolle spielt, sind noch zwei weitere Objektive von 35 und 65 Millimetern Brennweite vorgesehen. Der kleine mit senkrechter Welle eingebaute Motor kann unter Benutzung eines kleinen Vorschaltwiderstandes sowohl für Wechsel- als auch für Gleichstrom und für jede der allgemein üblichen Spannungen verwendet werden. Auf dem gleichen Widerstandskörper ist auch der Widerstand für die Kinolampe von 200 Watt bei 50 Volt untergebracht. Der Widerstand kann bequem ausgewechselt werden, da er einfach in einem Steckanschluss befestigt ist. Da er sich infolge seiner Kleinheit während des Betriebes stark erwärmt, so wird er durch ein vom Motor angetriebenes Gebläse hinreichend gekühlt. Was aber den Apparat vor allem für Schulen und Amateure besonders gut geeignet macht, ist die einfache Art seiner Bedienung. Auf einer rechts befindlichen Schalttafel sind die zur Bedienung notwendigen Schalter vereinigt. Hinzu kommt die Möglichkeit, Bilder sofort wiederholen und statt bewegter Bilder auch Standbilder zeigen zu können, sodass das genaue Betrachten von Einzelheiten möglich wird. Ein Wärmeabsorptionsglas sorgt dafür, dass der Film beim Stillstand nicht verletzt wird. Eine Reihe sinnreicher Einzelheiten ist zur Sicherung des Apparates vorgesehen. Ein besonderer Vorzug ist ferner die Leichtigkeit und die Handlichkeit beim Transport.

Durch dieses neue Gerät wird dem 16 Millimeter-Schmalfilm ein weites Gebiet erobert. Der Kampf zwischen dem 9 Millimeter-Schmalfilm von Pathé und dem 16 Millimeter-Film von Kodak scheint bis auf weiteres zugunsten des letzteren entschieden zu sein. Der Schmalfilm wird nun seinen Weg machen. Gegenüber dem Normalfilm zeichnet er sich durch sein geringeres Gewicht und durch die verminderten Kosten aus. Nach allgemeinen Vereinbarungen, die demnächst auch gesetzlich festgelegt werden, muss er aus unentflammarem Material hergestellt werden. Damit werden auch die beim Normalfilm nötigen feuerpolizeilichen Vorschriften bei der Verwendung des neuen Films überflüssig werden. Der Filmindustrie dürfte durch die Kultivierung dieses neuen technischen Mittels ein weites Arbeitsfeld erwachsen, das vielleicht auch zur Verbilligung und damit auch zur Ausbreitung der Amateurkinematographie beitragen wird.

Auf dem Gebiete des Tonfilms ist ein Fortschritt durch die Einführung einer neuen Photozelle erzielt worden, die im Laboratorium Patin (Berlin-Wilmersdorf) entwickelt worden ist. Der Nachteil der bisher verwendeten Photozellen war die von ihnen gelieferte viel zu geringe Spannung, die die Anschaffung von Verstärkern notwendig machte, die zwischen Zelle und Lautsprecher einzuschalten waren. Dazu kam die gefürchtete Glimmlichtentladung, durch die die Zellen leicht zerstört werden konnten. Alle diese Nachteile werden durch die neue Zelle, deren Wirkungsweise auf einem neuen, leider bisher nicht bekannt

gegebenen physikalischen Vorgänge beruht, vermieden. Die mit dieser Zelle vorgeführten Tonfilme zeigten eine sehr klare, saubere Wiedergabe sprachlicher, musikalischer und sonstiger Darbietungen.

Endlich möge in diesem Zusammenhange auf einen neuen Projektionsapparat hingewiesen werden, der kleine Gegenstände von beliebiger Form und Farbe mit ausgezeichneter Bildschärfe so wiedergibt, dass sie in einem grossen Saale vorgeführt werden können. Dieser Apparat, das Kataskop, besteht im wesentlichen aus einem Hohlspiegel, in dem der wiederzugebende Gegenstand, der etwa 5 bis 6 Centimeter in seinen Ausmassen haben darf, als räumlich plastisches und vergrössertes Spiegelbild erscheint. Man hat den Eindruck, als ob das Bild vor dem Spiegel frei im Raume schwebte. Die Schönheit einer Blume, z.B. eines Edelweiss, einer Nelke oder Rose, der Glanz eines Schmetterlingsflügels ist unendlich erhöht; der Kopf eines Insekts mutet an wie das Gesicht eines vorweltlichen Fabelwesens. Eine Wunderwelt ist aufgetan. Dieses Gerät dürfte vor allem in Lehranstalten jeder Art, in Volksschulen wie in Universitäten am Platze sein. Im Physiksaal wie in der Technischen Hochschule wird durch die Verwendung Klarheit und Einheitlichkeit geschaffen und vor allem Zeit erspart, ohne die Aufmerksamkeit zu stören, wie das durch das Herumreichen kleiner Schauobjekte geschieht. Besonders wichtig ist es, dass bei Benutzung des Kataskops der Raum nicht verdunkelt werden muss. Der Hohlspiegel hat 60 Centimeter Durchmesser. In der Spiegelachse ist der Objektträger verschiebbar angeordnet. Zur Beleuchtung des Gegenstandes sind zwei kleine Scheinwerferlampen von 10 Watt am unteren Rande des Spiegels montiert. Erwärmungen der Schaustücke sind also bei diesem Gerät nicht zu befürchten.

Es wäre zu wünschen, dass sowohl der Schallfilmprojektor als auch das Kataskop bei einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse als unentbehrliche Unterrichtsmittel betrachtet werden, durch die eine wesentlich bessere Gestaltung der Lehrtätigkeit erreicht wird.

W.M.

SPD. Eine Arbeiterkunstaussstellung.<sup>x</sup> In London findet augenblicklich mit grossem Erfolg eine Ausstellung von Kunstwerken statt, bei der die ausstellenden Maler ausnahmslos der handarbeitenden Bevölkerung angehören und keinerlei akademischen Unterricht erhalten haben, also Autodidakten sind. Der Ausstellung wird nachgerühmt, dass die gezeigten Werke wirken durch die Einfachheit, Frische und Unmittelbarkeit, die vielfach den Arbeiten der zünftigen Maler fehlt, bei denen allerlei schulmässig Erlerntes im Vordergrund zu stehen pflegt. Das ist ja auch eine bedenkliche Belastung der bei uns herkömmlichen Form der Kunstakademien, deren Zweckmässigkeit schon öfter erheblich angezweifelt worden ist. Die gegenwärtig in der Galerie Lefevre in London Ausstellenden sind zu einer Gruppe zusammengeschlossen, die das erste Mal vor drei Jahren mit künstlerischen Arbeiten an die Öffentlichkeit trat. Die künstlerische Ausdrucksweise ist verschieden, doch soll die grosse Kraft und Einfachheit den Arbeiten eine gewisse Gemeinsamkeit geben. Unter den Ausstellern werden auch zwei Frauen Phyllis Bray und Miss Parker, besonders genannt.

SPD. Abgewiesener Schnorrer.<sup>x</sup> Zarwadusch begegnet Zawadil. Zawadil geht freudestrahlend auf ihn zu: "Hallo, wie geht's, wie steht's, was macht die Frau Gemahlin, schönes Wetter heute, die Milch ist schon wieder teurer geworden apropos - Du hast wohl keinen Zehnmarkschein bei Dir?"

"Woher weisst Du?" entfernt sich Zarwadusch kühl.